

Bezugspreis: Täglich 10 Goldpfennig, monatlich 3.- Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, Saar- und Remelgebiet, Österreich, Litauen, Luxemburg 4.25 Goldmark für das übrige Ausland 5.25 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Stellung und Kleingarten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wochentäglich zweimal, Samstags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhoff 292-295
Verlag: Dönhoff 2506-2507

Mittwoch, den 25. Juni 1924

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Vertriebskontor: Berlin 375 36 — Kontokonto: Direktion der Dicksont-Gesellschaft, Tempelhofer Dammstraße 2

Anzeigenpreise:
Die einseitige Sonntagsbeilage 0,70 Goldmark, Restbeilage 4.- Goldmark. „Kleine Anzeigen“ des festgelegten Wertes 0,20 Goldmark (ausfällig zwei, festbedruckt Werte). Jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellungsbeilage des ersten Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten keine 0,20 Goldmark. Eine Goldmark — ein Teller gestellt nach 4.25.
Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 6 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Dönhoffstraße, abgegeben werden. Schlußzeit von 9 Uhr früh bis 8 Uhr nachm.

Die neue Militärkontroll-Note.

Macdonald und Herriot an Marx.

Die Note über die Militärkontrolle, die der englische Botschafter und der französische Geschäftsträger dem Reichskanzler am Dienstag nachmittag überreicht haben, hat folgenden Wortlaut:

„Chequers, den 22. Juni 1924.“

Wir möchten uns in einer Frage, die unseren beiden Regierungen ernste Sorge bereitet, unmittelbar an Eure Excellenz zu wenden. Wir haben nicht ohne größte Besorgnis erfahren, daß die deutsche Regierung vielleicht die Absicht haben könnte, auf die kürzlich wegen der Militärkontrolle in Deutschland an Ihren Botschafter in Paris gerichtete Note keine zustimmende Antwort zu geben. Gleichzeitig erhalten wir die beunruhigenden Berichte über die unausgesehene und zunehmende Aktivität der nationalistischen und militaristischen Organisationen, die mehr oder weniger offen militärische Vorbereitungen treffen, um in Europa neue bewaffnete Konflikte hervorzurufen. Diese Berichte sind zu zahlreich und zu substantiiert, als daß man sie vernachlässigen könnte. Sie führen dazu, die öffentliche Meinung in einer Besorgnis zu befestigen, die unabweislich die Haltung der beiden Regierungen beeinflussen muß.

Wir sind sicher, daß die deutsche Regierung, falls diese Berichte unbegründet sind, nicht nur ihre eigenen Interessen wahren, sondern auch ganz Europa einen großen Dienst erweisen wird, wenn sie an einer Untersuchung mitwirkt, die so durchgeführt wird, daß sie die Befürchtungen vor geheimen militärischen Vorbereitungen zerstreut. Wir können der deutschen Regierung nicht vorwerfen, und wir halten es für gut, sie davon zu verständigen, daß jeder neue Vorstoß gegen die logische und genaue Durchführung der Verpflichtungen aus Teil V des Vertrags von Versailles die internationale Lage gerade in dem Augenblick schwer belasten würde, in dem die Aussicht auf schnelle Inkassierung des Dawes-Berichtes in allen beteiligten Ländern die Hoffnung auf eine endgültige Regelung der Reparationsfrage, die einer allgemeinen und wirksamen Befriedung die Wege ebnet, aufzuheben läßt.

Wir bitten daher die deutsche Regierung, diese Befriedung zu erleichtern und zu diesem Zwecke zunächst mit Nachdruck und gutem Willen an der Beweisklärung der rechtmäßigen Forderungen der Militärkontrollkommission mitzuarbeiten. Es läge im eigenen Interesse der deutschen Regierung, wenn die genaue Lage in bezug auf die Entschleunigung in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Vertrages festgestellt würde. Wenn sie die Alliierten von der Aufrichtigkeit ihrer Haltung überzeugen will, muß sie von der Möglichkeit Gebrauch machen, einen Beweis hierfür zu geben, indem sie die Kontrollkommission bei der Feststellung der Tatsachen unterstützt.

Wir appellieren an Eure Excellenz, weil wir keine Gelegenheit veräumen möchten, um eine Ursache ernstlicher Schwierigkeiten zwischen unseren Regierungen zu beseitigen. Frankreich und Großbritannien haben keineswegs das Bestreben, der deutschen Regierung Schwierigkeiten zu bereiten oder die Kontrolle über das Maß des Notwendigen hinaus zu verlängern. Im Gegenteil, sie nehmen die Zurückziehung der Kommission für einen möglichst nahen Zeitpunkt in Aussicht. Sie wünschen lebhaft, den Mechanismus der Kontrollkommission durch das im Artikel 213 des Vertrags dem Völkerbundsrat übertragene Untersuchungsrecht ersetzt zu sehen, sobald sie in bezug auf die verschiedenen Punkte, die die alliierten Regierungen besonders bezeichnet haben, Genugtuung erhalten haben. Sie verlangen nur, daß man ihren berechtigten Besorgnissen jede Beruhigung zuteil werden läßt. Man kann nicht von ihnen verlangen, daß sie ihre Sicherheit durch den Wegfall der Garantien gefährden lassen, die sie auf Grund der Bestimmungen des Vertrags von Versailles in Händen haben.

In diesem Geiste bringen wir erneut unsere aufrichtige Hoffnung zum Ausdruck, daß die deutsche Regierung auf die Note der Botschafterkonferenz die einzige Antwort erteilt, die der Situation und den im Vertrag festgelegten Verpflichtungen entspricht.
ge: Herriot, J. Ramsay MacDonald.“

Der Reichskanzler hat dem englischen Botschafter und dem französischen Geschäftsträger erklärt, daß er die Note zur Kenntnis des Reichskabinetts bringen werde. Die Alliierten würden rechtzeitig, d. h. bis zum 30. Juni, eine Antwort der deutschen Regierung erhalten.

Am 28. Mai d. J. hatte die Botschafterkonferenz in Berlin eine Antwort auf eine deutsche Note vom 31. März überreichen lassen, die nach der Unterschrift Poincarés und der Vertreter der übrigen Alliierten trug. In dieser Antwort wurde in einem keineswegs liebenswürdigen Ton die Auf-

fassung der deutschen Regierung zurückgewiesen, daß die Alliierten zu der von ihnen geforderten Generalinspektion nicht mehr das Recht befäße, sondern daß dieses Recht lediglich dem Völkerbund zuläuft, und daß die besondere Prüfung von fünf Spezialfragen, die in einer früheren Note besonders ausgeführt waren, nur noch im Einvernehmen mit Deutschland erfolgen könne.

Auch die Antwortnote vom 28. Mai betonte schon die Absicht der Alliierten, die vorgesehene Generalinspektion als die letzte dieser Art gelten zu lassen. Für den Fall der Zulassung dieser Generalinspektion stellt sie eine progressive, sehr erhebliche Herabsetzung des Personalbestandes der Kontrollkommission in Aussicht. „Die alliierten Regierungen“, hieß es, „haben keinerlei Verlangen danach, die Existenz der Kontrollkommission ins Unbegrenzte zu verlängern; sie glauben vielmehr, daß sie ihre Arbeiten binnen einer Frist beenden können, welche die deutsche Regierung durch ihre lokale und vollständige Mitarbeit wesentlich abzukürzen in der Hand hat.“

Im Fall einer deutschen Weigerung aber, so wurde gesagt, „bleibe den alliierten Regierungen nur übrig, die kritische Anwendung des Vertrages zu verlangen. Die Kontrollkommission würde also in ihrer jetzigen Form und in der Ausübung aller ihrer Rechte aufrechterhalten werden bis zu dem Augenblick, wo sie den Regierungen, welche sie vertritt, würde berichten können, daß alle Vertragsbestimmungen, für deren Durchführung eine zeitliche Grenze gesetzt ist, restlos durchgeführt sind.“

Von dieser Note vom 28. Mai unterscheidet sich der Brief der beiden Ministerpräsidenten vom 22. Juni vor allem durch zweierlei: durch die völlige Aenderung des Tons und durch die Erklärung, daß auch die beiden Regierungen die gänzliche Zurückziehung der Kontrollkommission und ihre Ersetzung durch die Organe des Völkerbundes für nahe Zeit in Aussicht nehmen. Die Kontrolle durch den Völkerbund trägt aber nicht mehr den Charakter einer demütigenden und drückenden Ausnahme-maßregel, da ja dem Völkerbund statutarisch die Aufgabe obliegt, die allgemeine Rüstungsbeschränkung in die Wege zu leiten und zu beaufsichtigen.

Deutschland kann also das ganze System der interalliierten Militärkontrolle loswerden, wenn es sich nur noch ein einziges Mal die gewünschte Generalinspektion gefallen läßt. Daß es das tue, darum wird es in der neuen Note nicht nur höflich gebeten, sondern geradezu angefleht. Herriot und Macdonald sprechen nicht die Sprache von Siegern zu dem Besiegten, sondern die Sprache von Staatsmännern, die die Veröhnung wollen, die aber mit ihren eigenen Schwierigkeiten nicht fertig werden können, wenn ihre auf Verständigung gerichtete Politik durch die Haltung Deutschlands zerschlagen wird.

Man könnte darauf vielleicht antworten: Nicht nur die englische, nicht nur die französische, sondern auch die deutsche Regierung hat ihre Schwierigkeiten, und ihr fällt es nicht weniger schwer, auf den Wunsch der Alliierten einzugehen als diesen, auf seine Erfüllung zu verzichten. Dazu muß aber ehrlicher Weise gesagt werden, daß die Schwierigkeiten, in denen sich die alliierten Regierungen befinden, zum guten Teil in Deutschland geschaffen worden sind. Das geradezu eselhafte, herausfordernde und dramatisierende Treiben unserer Nationalisten bietet an sich für den Weltfrieden gewiß keine Gefahr. Aber schließlich kann man nicht erwarten, daß die Franzosen überlegene Geister sein sollen, die über jenes kindische Treiben nur lächeln. Eine solche Annahme wäre ja für unser eigenes Volk tief beschämend. Es ist kein Wunder, daß Drohungen mit dem Revanchekrieg, wie sie hierzulande in gewissen Kreisen üblich sind, von großen Teilen des französischen Volkes ernst genommen werden, als sie es verdienen. Wenn wir uns, bevor wir im Hafen des Völkerbundes landen, noch eine Generalinspektion gefallen lassen müssen, so haben wir uns dafür bei unseren eigenen nationalistischen Maulhelden zu bedanken.

Die Generalinspektion ist für das ganze deutsche Volk kein Vergnügen. Sie ist es natürlich am wenigsten für die daran Nichtbeteiligten, die Reichswehroffiziere. Daß diese gehalten sind, Befehle, die ihnen von der verfassungsmäßigen Regierung erteilt werden, durchzuführen, bedarf keiner besonderen Hervorhebung. Darüber hinaus müßten sie aber selbst einsehen, daß das Opfer, das von ihnen im Interesse des Ganzen gefordert wird, notwendig ist, und daß nicht nur die Disziplin, sondern auch ein rechtsverständiger Patriotismus fordert, daß es gebracht werde.

Der Reichskanzler hat den Überbringern der Note von Chequers, wie es scheint, in korrekter, aber trockenen Vor-

ten den Bescheid gegeben, daß die Alliierten rechtzeitig, also bis zum 30. Juni, die Antwort der deutschen Regierung erhalten würden. Nach Lage der Umstände kann gar nichts anderes erwartet werden, als daß die Antwort zu seinem Ende ausfallen wird. Im übrigen würde es einen besseren Eindruck machen, wenn man nicht den allerletzten Termin abwarten würde, um sich zu dem zu bequemen, wozu man sich aus Gründen des gesunden Menschenverstandes ja doch bequemen muß.

Ueber den Standpunkt der Sozialdemokratischen Partei in dieser Frage haben wir nie einen Zweifel gelassen. Wir hatten die einseitige deutsche Abrüstung und die einseitige Kontrolle der deutschen Abrüstung an sich für ungerecht und schwer erträglich. Aber nicht darum handelt es sich jetzt, sondern es handelt sich darum, ob wir die demütigende Kontrolle und mit ihr die Ruhrbesetzung und alles, was drum und dran hängt, los werden wollen, indem wir unvermeidliche letzte Prozeduren über uns ergehen lassen. Es handelt sich darum, ob wir den Weg zur Befreiung und zur Gleichberechtigung als Volk unter den Völkern gehen wollen, der sich nur durch die neue französisch-englische Politik öffnet, oder ob wir, dem Rat gedankensloser Schreibhülle folgend, den Zustand, der auf uns lastet, verewigen wollen.

Das Reichskabinett, sagt der Reichskanzler, wird beraten. Möge es rasch beraten, rasch und klar antworten!

Herriot für die deutsche Demokratie.

Neuer Defensivpakt Frankreich-England-Belgien.

Paris, 24. Juni. (W.T.B.) Ministerpräsident Herriot hat in einem der „Independence Belge“ in Brüssel gewährten Interview nochmals erklärt:

er werde die demokratische Sache in Deutschland, deren Loyalität offenkundig sei, unterstützen, aber gegen Anstifter von Zwistigkeiten und Zerstörer der dem Frieden günstigen Faktoren Strenge anwenden.

Zur Frage der Garantien gegen eine etwaige Verletzung Deutschlands in der Frage der Abrüstungsverpflichtungen erklärte Herriot, man werde darüber bald Näheres hören. Schon jetzt habe er für den Fall eines vorläufigen Angriffs von Seiten Deutschlands

Zusicherung eines Defensivpactes zwischen Frankreich, England und Belgien.

„Ich bestätige“, erklärte er, das förmliche Versprechen, daß ein deutscher Angriff heute ebenso wie 1914 England an der Seite Frankreichs und Belgiens sehen würde. Sobald Deutschland sein Verhältnis zur Reparation und gleichzeitig zur Sicherheit Frankreichs geklärt hat, wird Frankreich die Frage seiner Zulassung zum Völkerbund erörtern, jedoch nicht vorher.

Herriot fügte hinzu, er habe mit Macdonald über die Frage der Wiederaufnahme der Beziehungen zu Rußland gesprochen, und er werde diese Frage auch mit Theunis und Hymans erörtern. Die bevorstehende Londoner Konferenz werde keinen so weit gesteckten Rahmen haben wie die Konferenz von Genoa. Man werde sich dort vor allem mit der Reparationsfrage und der Durchführung des Sachverständigenplanes beschäftigen. (Dann wird aber der Rahmen dieser Konferenz viel weiter gesteckt sein als in Genoa, wo bekanntlich die Reparationsfrage, obwohl die einzig wichtige, durch Poincarés Einspruch ausgeschaltet wurde. Red. v. B.) Die Vereinigten Staaten würden bestimmt dazu eingeladen werden. Macdonald und er handelten gemeinsam, um bei ihrem Werke alle demokratischen Köpfe der Welt miteinander zu versöhnen.

Die deutschen Schuldverschreibungen.

Der Gegenstand der Brüsseler Besprechungen Herriots.

Brüssel, 24. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Herriot, der bei seiner Ankunft in Brüssel von allen Schichten der Bevölkerung mit ungewöhnlicher Herzlichkeit gefeiert wurde und der bereits am Montagabend auf einem von der französischen Botschaft gegebenen Dinner Gelegenheit zur Führungsnahme mit den beteiligten Ministern gehabt hat, hat am Dienstag vormittag den offiziellen Meinungsaustausch mit ihnen begonnen. Am der ersten Unterredung, die von 10 bis 1 Uhr dauerte, haben außer Herriot nur die beiden für die belgische Außenpolitik verantwortlichen Minister Theunis und Hymans teilgenommen. Herriot erstattete eingehend Bericht über seine Unterredung mit Macdonald. Daran knüpfte sich eine sehr ausführliche Diskussion. Die Verhandlungen wurden am Nachmittag im Beisein der Hauptmitarbeiter beider Regierungschefs fortgesetzt. Sie galten diesmal den speziellen Fragen, insbesondere der ökonomischen und militärischen Kau-

mung des Ruhrgebietes und der von Herriot in London geltend gemachten und auch von Belgien vertretenen Forderung der Kontrolle der wichtigsten strategischen Bahnlinien im Rheinland.

Zu den ökonomischen Garantien für die Durchführung des Sachverständigenprogramms, von denen Herriot in London die militärische Räumung des Ruhrgebietes abhängig gemacht hat, gehört unter anderem die Forderung, daß die von Deutschland zu übergebenden Obligationen „handelsfähig“ sein müssen. Was der französische Ministerpräsident damit beabsichtigt, liegt auf der Hand: In Frankreich herrscht angesichts der in letzter Zeit besonders alarmierenden Gerüchte über angeblich geheime deutsche Rüstungen noch immer die Befürchtung, Deutschland könne in wenigen Monaten, wenn auch nicht zu einem Angriffskrieg, so doch zum mindesten zu einem Defensivkrieg bereit sein, und es könne dann die weitere Erfüllung des Friedensvertrages verweigern und Frankreich sagen: „Kommt und halt euch eure Reparationen!“ So absurd diese Idee ist, sie spielt heute, in Frankreich in vielen Köpfen, und gegen eine solche Eventualität scheint Herriot sich schämen zu wollen durch die Forderung nach möglichst rascher Ausgabe der von Deutschland auszubehaltenden Schuldtitel. Denn sobald auch nur ein Teil der auszubehaltenden

Obligationen auf den internationalen Weltmärkten notiert und gehandelt

wird, handelt es sich nicht mehr um eine politische, sondern um eine rein kommerzielle Schuld, deren Bezahlung dann Deutschland nicht mehr verweigern kann, ohne seinen Kredit auf Jahrzehnte hinaus zu kompromittieren. Da an sich die deutschen Obligationen „handelsfähig“ sind, sobald durch die Verabschiedung der ihre finanzielle Deckung regelnden Gesetze ihre Zins- und Tilgungsdienst gesichert ist, richtet sich diese Garantieforderung eigentlich weit weniger an die deutsche Adressat als vielmehr an die Adressat der internationalen Finanzwelt, von deren gutem Willen es zu einem großen Teil abhängen wird, daß die deutschen Obligationen rasch Aufnahme finden.

Schwierigkeiten in Brüssel.

Brüssel, 24. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Das farblose amtliche Brüsseler Kommando hat einmütig entschieden. Die Tatsache, daß außer der vorgesehenen Morgenbesprechung auch nachmittags verhandelt werden mußte, läßt darauf schließen, daß die Beratung nicht ganz glatt war. Der Eindruck hier ist, daß zwischen Belgien einerseits, Frankreich und England andererseits noch manches unklar bleibt und weitere Beratungen nötig sein werden, wenn man auf der Londoner Alliiertenkonferenz einig werden soll. Die belgische Regierung möchte die französisch-englische Neuorientierung offenkundig möglichst bremsen. Die Brüsseler Beratung betraf namentlich die Art der ökonomischen Kompensationen für eine Rückgabe des Ruhrpflandes und die Aufhebung der Weimarer Verträge. Die belgische Regierung trägt

Bedenken gegen die Übertragung der Militärkontrolle an den Völkerbund

und wünscht ein englisch-französisch-belgisches Defensivbündnis gegen Deutschland oder allenfalls die Eingliederung der französischen und belgischen Sicherheitsfrage in den Völkerbundsvertrag. Ein Gerücht in Brüssel will wissen, daß ein Telegramm von MacDonald angelangt sei, worin er gegen eine Veröffentlichung des Protokolls von Coeuvres Einspruch erhebt.

Die Aufgaben der Juli-Konferenz.

Paris, 24. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Offiziös wird anlässlich der Konferenz von Coeuvres mitgeteilt, daß der Sachverständigenplan nicht nahe Gegenstand allgemeiner Diskussionen zu sein braucht, nachdem er von allen Regierungen angenommen worden ist. Die interalliierte Konferenz im Juli wird deshalb die technischen Einzelheiten für die Durchführung des Planes und für die notwendigen Garantien festlegen müssen. MacDonald hat Herriot bereits versichert, daß England an der Seite Frankreichs stehen werde, falls sich Deutschland an der Seite Frankreichs gegen die neuen Verpflichtungen zu subden kommen lasse. Die Freigabe der von Frankreich gegenwärtig an der Ruhr festge-

haltenen Pfänder werde in Übereinstimmung mit dem Wert der von Deutschland nach dem Plan der Sachverständigen zu leistenden Zahlungen erfolgen. Unabhängig von der Lösung der Reparationsfrage bleibt die Regelung der militärischen Kontrollkommissionen, die überall eingreifen würden, wo Deutschland Zweifel an der versprochenen Abrüstung erkennen lasse.

London, 24. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Es steht nunmehr fest, daß die Interalliierte Konferenz über die Durchführung der Sachverständigenpläne am 16. Juli in London stattfindet. Italien und Belgien haben bereits mitgeteilt, daß ihnen dieser Termin recht ist. Die Einladungen ergehen durch die britische Regierung. Die amerikanische Regierung hat erklärt, daß sie wahrscheinlich nicht aktiv an der Konferenz teilnehmen werde, daß ihre Entscheidung aber erst falle, wenn die Einladung vorliege. Die Teilnahme Japans an der Konferenz ist nach den Mitteilungen der japanischen Presse von der Haltung Anzaitas abhängig. Japan will sich genau in dem Umfange beteiligen, wie das die amerikanische Regierung tut. Hinsichtlich der Beteiligung der englischen Dominien an der Konferenz antwortete MacDonald auf eine Anfrage, daß er darüber keine endgültige Auskunft geben könnte, daß es seiner Meinung nach jedoch das beste sei, wenn er engle Fühlung mit ihnen hatte, so daß bei ihnen das Bewußtsein lebendig sei, Englands Partner in allen einzelnen Fragen zu sein.

Amerika informell vertreten.

New York, 24. Juni. (W.B.) Die „Associated Press“ aus Washington meldet, daß die Vereinigten Staaten durchaus bereit, an der Regelung der Reparationsfrage Europas zu helfen, doch beabsichtigen sie nicht, sich in irgendwelche europäischen Schwierigkeiten zu mischen. Der Vorsitz der Präsidenten Coolidge sagte mit Bezug auf den Dawes-Plan und die für Juli in London geplante Konferenz, der Präsident vertrete die Ansicht, daß anerkannt werden müsse, daß Amerika gewisse direkte und indirekte Interessen in Europa habe, doch würde diesen nicht durch eine aktive Teilnahme Amerikas an der Konferenz gedient werden. Man erwarte, daß Amerika informell vertreten sein werde, doch werde keine Möglichkeit gesehen, daß Dawes und Hughes, der beabsichtigte zur Zeit der Konferenz mit einer amerikanischen Juristengruppe sich in London aufzuhalten, als Delegierte an der Konferenz teilnehmen würden.

Eine Unterredung mit dem Arbeitsminister Justin Godard.

Genf, 24. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Unser Korrespondent hatte heute morgen eine Unterredung mit dem französischen Arbeitsminister Godard, in der er ihn fragte, wie sich Frankreich zu einem evtl. Aufnahmegebot Deutschlands in den Völkerbund stellen würde. Godard erwiderte, daß die französische Regierung und die öffentliche Meinung Frankreichs volles Vertrauen zu der deutschen Demokratie hätte und daß sie diese Äußerung Deutschlands, die Aufrichtigkeit und Versöhnungswillen bedeute, begrüßen und moralisch unterstützen würde. Die deutsche Demokratie würde die volle Sympathie des demokratischen Frankreichs haben, wenn sie bei sich zu Hause mutig und entschlossen den Kampf gegen die Völkerverehrung aufnehmen würde. Man könne gewiß sein, daß bei solchen Beweisen einer neuen Demokratie und ehrlichen Bessinnung ein Aufnahmegebot Deutschlands eine sehr gute Aufnahme in Frankreich finden würde, das alles Interesse daran habe, einem neuen demokratischen Deutschland den Weg in die europäische Völkergemeinschaft nicht zu verschließen.

Das Matteotti-Drama bewegt die Welt.

London, 24. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der geschäftsführende Ausschuss der Internationale beschloß sich in seiner heutigen Sitzung mit der Einleitung einer internationalen Aktion anlässlich der Ermordung Matteottis. Die Internationale schließt sich der Rundgebung ihres Sekretariats an und stellt mit Genugtuung fest, daß in allen Ländern bereits spontane Rundgebungen stattfanden. Das Komitee beschloß außerdem Matteottis Dokumentensammlung über „Ein Jahr faschistischer Herrschaft“ in englischer und französischer Sprache herauszugeben. Am Sonntagabend findet eine von der Unabhängigen Arbeiterpartei veranstaltete große Matteotti-Rundgebung auf dem Trafalgar Square statt.

Mussolini gegen — Staatsstreik!

Rom, 24. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Mussolini führte am Dienstag vor dem Senat und zahlreichen in der Diplomatenviertel anwesenden fremden Botschaften aus, das unveränderliche Ziel seiner allgemeinen Regierungspolitik sei die nationale Verjüngung und die Herstellung einer politisch-formalen Lage unter Achtung des Bestehenden. Die faschistische Partei werde um jeden Preis von persönlich wirkenden Elementen gesäubert werden. Die Regierung werde auf ihrem Posten bleiben. Im Namen der Regierung schloß er sich der scharfen Mißbilligung des abgelaufenen Verhältnisses gegen Matteotti durch den Senatspräsidenten Litta an. Mussolini sagte weiter: Wir leben in einer sehr ernsten politischen und moralischen Krise. Aber diese Krise wird wahllos wies, weil alle Italiener daraus eine größere Verantwortungspflicht ziehen. Die Forderungen der Opposition sind widersinnig. Der kommunistischen Generalstreikparole haben die Arbeitermassen die Gefolgschaft verweigert. Das Verlangen der Republikaner nach einer Konstituante wird abgelehnt, denn das würde auf einen Staatsstreich hinauslaufen, um die Wahlen zu machen. Der Faschismus mit seinen 8000 Sektionen ist zwar erschüttert worden, aber er kann und darf nicht unterliegen.

Prozess Graff.

Entlastungszeugen für Leutnant Reinhardt.

Stettin, 24. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Am achten Verhandlungstag im Graff-Prozess wurde die Zeugenvernehmung fortgesetzt. Die Zeugenaussagen während der Vormittagsverhandlung brachten keine wesentlich neuen Gesichtspunkte. Zeuge Riemann betonte, daß Schmilowski kurz vor seiner Ermordung mit Grabert und Rieble in der Gastwirtschaft Köhnen war, wo sie Feierabend geboten. Während der Ermordung Graffs seien Rieble und Dömland in Uniform in der Gastwirtschaft gewesen. Dort verkehrten sehr viele Schutzpolizisten. Zeuge Ehrhardt war bei der Ermordung Schmilowskis zugegen. Auch er bestätigte, Rieble in der Gastwirtschaft gesehen zu haben. Der Vorsitzende fragt den Zeugen nach der genauen Zeit, in der er Rieble gesehen und gesprochen hat und knüpft daran die Bemerkung, daß in der Vorrede Graff durch ungenaue und unrichtige Zeugenaussagen, die sogar unter Eid abgegeben wurden, das größte Unglück geschah.

Der Zeuge Schupobeamter Borisoff war gleichfalls, und zwar um 11.30 Uhr nachts mit Rieble und Dömland in der Gastwirtschaft Köhnen. Er will gesehen haben, daß auch die beiden Angeklagten Schmirath und Engeler auf kurze Zeit in der Gastwirtschaft weilten. Schupobeamter Schröder hat Rams und Schmirath ebenfalls in der genannten Gastwirtschaft gesehen.

Alsdann wird der Zeuge Justizrat Jörrensen, Verteidiger von Reinhardt und Genossen vor dem belgischen Gericht, vernommen. Dem Zeugen ist erst dann gestattet worden, Einsicht in die Akten zu nehmen, als die Angeklagten bereits ein Geständnis abgelegt hatten. Leutnant Reinhardt habe ihm auf Ehrenwort erklärt, daß er von der Tat nichts wisse. Auf seine Frage, warum er denn ein Geständnis abgelegt habe, antwortete Reinhardt, er habe das nur unter schwerem moralischen Druck getan. Die Drohungen der Belgier, daß sie seine Frau, die sich in georgischen Umständen befinde, verhaften und man gegen seine Entlastungszeugen ein Meineidverfahren anstrengen würde, habe ihn dazu veranlaßt. Der Zeuge gibt weiter an, daß er auch die anderen Angeklagten besucht habe. Ihr Verhör hätte aber so viele Widersprüche ergeben, daß er es ablehnte, alle zu verteidigen. Oberstwachmeister Kristin sagte ihm: Wie kann Reinhardt nur ein Geständnis ablegen? Sie sind doch gar nicht die Täter. Das weiß ich ganz genau. Die Täter sind in Stettin und heißen Rams, Schmirath und Engeler. Justizrat Jörrensen hat darauf geantwortet: Warum haben sich diese wiesigen Täter nicht gestellt? Kristin erwiderte: Reinhardt und Genossen kann doch nichts passieren. Es ist ihnen doch gar nichts zu beweisen. Zeuge sagte dem Major Brinken, er würde sich mit der Stoissonwalschitz Duisburg in Verbindung setzen und die Täter in Stettin verhaften lassen. Hauptmann Monting war bei der Rücksprache ebenfalls anwesend. Er bekam sofort den Auftrag, nach Stettin zu fahren, um Rams und Genossen zu verhaften. Zeuge schilderte auch die Hauptverhandlungen, wo die Angeklagten ihr Geständnis zurückgenommen haben. Auch Grabert sagte hier aus, er wisse nichts.

Cummins abgereist. Der englische Geschäftsträger Cummins hat die Stadt Mexiko verlassen. Die britische Fahne wurde auf dem Legationsgebäude unmittelbar nach seiner Abfahrt eingezogen.

Das Schicksal der Alten.

Von Dr. med. Rörbert Marr.

In der Zeitschrift für Gesundheitsfürsorge, erschien eine Arbeit des wissenschaftlichen Mitgliebes des Hauptgesundheitsamtes Dr. Franz Goldmann, die sich mit sozialhygienischen Untersuchungen bei Siedeln und Altersgebrechlichen befaßt. Dr. Goldmann rechnet die Siedeln und Altersgebrechlichen zu den sozialen Elementen, die die Gesellschaft nutzlos belasten. Der Referent hatte in der Zeit des Währungsverfalls 1648 Fälle zu prüfen Gelegenheit. Davon waren zirka 60 Proz. Frauen, der Rest Männer. Von den ausgenommenen waren 503 Männer und 795 Frauen über 60 Jahre. Wenn man bedenkt, daß Berlin 4000 Plätze für Alte und Stedde hat und der durchschnittliche Aufenthalt im Stedenhaus 3 Jahre beträgt, so steht einer Nachfrage von 1648 Plätzen nur ein Angebot von zirka 1333 zur Verfügung. Wohin strömen nun diese unbedingte Kasaltsbedürftigen? Sie überfüllen die Krankenhäuser. Hier liegt ein Moment von größter sozialer Bedeutung. Der eigentliche Zweck des Krankenhauses ist, eine Krankheit zu heilen oder wenigstens die Arbeitsfähigkeit des Betroffenen wiederherzustellen. Wenn das Alter aber selbst zur Krankheit wird, hat der Krankenhausaufenthalt keinen Zweck. Wie verhält sich nun die Zahl der Alten zur Gesamtaufnahmekapazität? Es wurden zwei große Krankenhäuser herausgehoben, die mitten im proletarischen Viertel liegen, das Friedrichshagen und das Bismarck-Krankenhaus. Im Friedrichshagen war im Berichtsjahre 1922/23 jeder sechste Kranke, der eingeliefert wurde, über 60 Jahre, im Bismarck jeder vierte. Die Verschlechterung kommt von einer Veränderung der sozialen Schichtung. Auf den Suche nach einem schützenden Dach über den Kopf, nach der warmen Stube, nach gesicherter und geregelter Ernährung, nach der notwendigen Wartung und Pflege ist die Hand in das Krankenhaus ein beliebter Weg. Somit wird das moderne großstädtische Krankenhaus seinem eigentlichen Zweck, ein Heilhaus zu sein, entzogen und in ein Stedenhaus umgewandelt.

In diesem Zusammenhang können vom sozialhygienischen Standpunkt drei Arten von Alterskranken unterschieden werden. Die einen können die leichteren Arbeiten im Haushalt noch ausführen, sind aber größeren Anforderungen nicht mehr gewachsen; das sind die Unterstützungsbedürftigen. Die anderen brauchen Hilfe zum Waschen und Ankleiden sowie zur Führung der Hauswirtschaft; das sind die Reinigungs- und Wartungsbedürftigen. In die dritte Gruppe gehören von den körperlich Kranken die dauernd oder überwiegend bettlägerigen Kranken, die gesäubert und gefüttert werden müssen, sowie die pflichtig defekten, die sich oder ihre Umgebung gefährden. Das sind die Schutz- und Pflegebedürftigen.

Wovon leben nun die Alten bis zu ihrer Aufnahme im Stedenhaus? Etwa 35 Proz. bezogen laufend Unterstützungen aus öffentlichen Mitteln; etwa 33 Proz. waren auf Sozialrente angewiesen.

Unter ihnen gehörten die meisten nicht den gewerbmäßig auf Unterstützung spezialisierten, moralisch minderwertigen Elementen an. Etwa 11 Proz. hatten weder ein regelmäßiges Einkommen, noch Beiträge aus öffentlichen Mitteln. Etwa 7 Proz. gaben an, vom Verkauf ihrer Sachen und vom Mitleid privater Wohlthäter gelebt zu haben, darunter waren einige Kleinrentner. Nur 5 Proz. hatten sich bis jetzt vom Ertrag ihrer Arbeit erhalten.

Die Hälfte der Alten war ohne nähere Verwandte. Nach dem Familienstand waren über die Hälfte verwitwet und ein Viertel ledig, der Rest verheiratet oder geschieden. Die Zerstückelung der Familieneinheit, das Zerbrechen und die Auflösung des Haushaltes sind wesentliche Gründe zur Aufnahme ins Stedenhaus.

Als letzter Faktor ist von Dr. Goldmann die Frage der Wohnungsverhältnisse untersucht worden. Eigene Wohnungen hatten über 36 Proz., bei Verwandten in gerade Linie wohnen zirka 20 Proz., bei Fremden ungefähr 25 Proz. und zirka 20 Proz. waren obdachlos. Der Begriff der „eigenen Wohnung“ verliert aber seinen guten Klang, wenn wir die Berichte der Krankenhausaufsicht betrachten: 58 Proz. der Kranken hatten eine Wohnung bestehend aus nur einem, 29 Proz. eine aus zwei und 8 Proz. eine aus drei Wohnräumen. Wie diese sogenannten Wohnungen aussehen, braucht dem Proletariat nicht näher geschildert zu werden. Die Wohndichte pro Zimmer belief sich auf 1,7 Personen, während der Berliner Durchschnitt 1,2 ist.

Welche Folgerungen ergeben sich nun aus diesen nüchternen Zahlen in ihrer praktischen Bedeutung für die Sozialhygieniker? Es muß eine Loslösung der Siedelnhäuser und Altersheimen aus der Armutpflege stattfinden und eine Trennung der Siedeln und Altersheimen, das Siedelnhaus muß zur Unterbringung von dauernd kranken Alten bestimmt sein, die ärztlicher Pflege bedürfen, das Altersheim dagegen gibt erwerbsunfähigen alten Männern ohne wesentliche Krankheitsercheinungen dauernd Obdach und Verpflegung. Es gehört in das Gebiet des Wohlfahrtsamtes. Der Schwerpunkt muß aber auf die offene Fürsorge gelegt werden. „Eine ganze Anzahl von Kranken sucht die Aufnahme in die Anstalt, weil ihr die Mittel zur Existenz fehlen. Die Aufnahme kann zum mindesten hinausgeschoben, wenn nicht gar hier und da vermieden werden, sofern den als unterstützungsbedürftig bezeichneten Personen rechtzeitig und ausreichend Geld und Naturalunterstützungen gewährt werden in einer Höhe, die sie vor dem Zerbrechen und dem Ersinken schützt. Die Kurzfristigkeit bei einer zu niedrigen Bemessung der Höchsthöhe für laufende Unterstützungen aus Wohlfahrtsmitteln rächt sich in der steigenden Frequenz der Anstalten. Wichtiger aber ist es, Familien, die zur Pflege eines Kranken bereit, aber aus wirtschaftlichen Gründen dazu nicht fähig sind, als Entgelt für ihre Bemühungen und Anstrengungen genügend Pflegegeld zu geben.“

Eine gewisse Elastizität und mehr Initiative, frei von bürokratischem Formelkram, kann also auf diesem sehr Erspriechlichen leisten.

Gartenkonzert.

Von Erich Golligrew.

Seit Mittag habe ich nichts gegessen, ich sitze hier ohne einen Pfennig Geld in der Tische und höre Musik. Ich weiß nicht, wovon morgen leben und bin doch so glücklich wie seit Jahren nicht. Ich habe keine Stellung, kein Geld, keinen Freund, keine Geliebte und bin doch glücklich. Ich weiß nicht, weshalb, heute will ich leben.

Ein junges Mädchen setzt sich an meinen Tisch. Lippen geschminkt, Haare gefärbt, eine von den vielen Tausend, die Abend für Abend ihren verbrauchten Leid verhandeln. Ich kann sie nicht ertragen, denn ich weiß, wie sie treibt nach Hof. Das Gespenst der Arbeitslosigkeit ist häufig der brutalste Zuhälter. Das Kommen des Mädchens um diese Zeit ist merkwürdig. Jetzt lebt in den Straßen der Nachtbetrieb auf, jetzt beginnt ihr armseliges Geschäft — hier spielt man den göttlichen Mozart.

Ich knüpfte ein Gespräch an und höre: „Ach, wissen Sie, es hat mich heute so angeekelt, und wie ich die schöne Musik hörte, da hatte ich schon gar keine Lust mehr. Hier ist's doch viel schöner, wenn's auch nichts einbringt.“

Tränen kamen mir, als ich dies hörte. Vielleicht bin ich so glücklich, weil ich die Menschen liebe. ...

Walter Kernst, der heute seinen 60. Geburtstag feiert, gehört zu den Begründern der modernen physikalischen Chemie. Die Entdeckung der „Kernst-Lampe“ hat seinen Namen in weite Kreise getragen, aber seine große Bedeutung liegt weniger in dieser populären Erfindung als vielmehr in seinen großen wissenschaftlichen Leistungen, durch die er einen maßgebenden Einfluß auf die Chemie aller Kulturländer gewonnen hat. Die physikalische Chemie ist noch nicht 40 Jahre alt; der geniale Holländer van't Hoff war ihr Vater. Wilhelm Ostwald organisierte dann Forschung und Unterricht und schuf in seinem Leipziger Institut den Mittelpunkt dieser jungen Disziplin, von dem auch Kernst ausgegangen ist. Er wurde Ostwalds Assistent und stellte sich mit 25 Jahren durch seine Arbeit „Die elektromotorische Wirksamkeit der Ionen“ sofort in die erste Reihe der physikalischen Chemiker. Die sogenannte Ionen-Theorie, die Ostwald geschaffen hatte, wurde zunächst stark angezweifelt, und besonders Kernst wurde als „Ionen“-Belpöster. Aber rasch brachen sich die neuen Anschauungen Bahn und Kernst konnte sich als Ordinarius in Göttingen und dann seit 1904 als Vertreter der physikalischen Chemie an der Berliner Universität dem Ausbau dieses wichtigen Gebietes widmen. Die Zuerkennung des Nobelpreises war ein Ausdruck der internationalen Wertschätzung, die er fand.

Die Entdeckung der ältesten Kultur Mesopotamiens. Die Ausgrabungen der Ruinenstädte von Kish in der Jahre 1923 und 1924 durch die englische „Schule der orientalischen Studien“ haben neues Licht auf die älteste Geschichte Mesopotamiens und damit auf die Anfänge der großen Kulturen überhoben geworfen. Der Leiter dieser Ausgrabungen, Prof. Leonard, hat jetzt in einem Vortrag die Bedeutung der neuen Entdeckungen hervorgehoben. „Wir haben die erste genaue topographische Beschreibung der wahrscheinlich ältesten Hauptstadt Mesopotamiens heimgebracht.“ sagt er. „Wahrscheinlich hatten Schriftschreiber und Historiker nicht die leiseste Vor-

Nationalistische Kämpfe im Reichstag. Die Sitzung zweimal unterbrochen.

Während der Beratung der Amnestiegesetzentwürfe in der gestrigen Sitzung des Reichstages ereigneten sich in der lebhaften Abendsitzung verschiedene Zwischenfälle, die zu zweimaliger Unterbrechung der Sitzung führten. Diesmal liegt die Schuld an der Entstehung des Tumults ausschließlich und einwandfrei bei Abgeordneten der Rechten.

Der erste Krach wurde durch eine provozierende und rohe Äußerung des ehemaligen fahrbayerischen Justizministers Roth, der der nationalsozialistischen Fraktion angehört, in bezug auf den standrechtlich erschossenen Räteführer Leviné: „Den hat mit vollem Recht die Kugel getroffen!“ hervorgerufen.

Wenn die Kommunisten darüber in heftige Erregung geraten wären, hätte man dies an sich begreifen müssen, zumal sie behaupteten, Roth habe sogar erklärt, den Lu p e n habe die Kugel zu Recht getroffen. (Roth selbst bestritt allerdings diesen Ausdruck gebraucht zu haben.) Aber auch sonst war diese Äußerung eine Schamlosigkeit in dem Munde eines Mannes, der am Hitler-Ludendorff-Putsch beteiligt gewesen ist und den damals als Geiseln verhafteten Stadträten den Rücken drehte, als er von ihnen angesprochen wurde. Wenn Leviné standrechtlich erschossen hat, dann haben sie Ludendorff, Hitler, Böhmer und Roth nicht weniger verdient. Geste Enttäuschung war durchaus begreiflich. Aber das ganze Verhalten der Kommunisten zeigte nicht die Spur einer aufrichtigen Erregung. Sie begnügten sich damit, Roth auf zehn Meter Entfernung mit Papierballen und Zeitungen zu bombardieren, die übrigens alle daneben flogen und entweder die Stenographen oder Ministerialbeamte trafen. Diese Szene dauerte etwa fünf Minuten, wobei Roth bei jedem Versuch, seine Rede fortzusetzen, niedergeschrien wurde. Schösem und seine Freunde schienen sich dabei köstlich zu amüsieren, was darauf schließen läßt, daß das Andenken Levinés in diesem Augenblick die letzte ihrer Sorgen war. Einmal dröhnte ganz von hinten die pseudo-proletarische Stimme des Abgeordneten E p p s t e i n, der mit einem Wasserglas herumfuchelte: „Wenn er weiterredet, kriegt er das Glas auf den Kopf!“ Alles wartete gespannt. Roth setzte von neuem an, und Eppstein legte das Glas wieder artig auf das Tablett hin und fing an, sich die Fingernägel zu maniküren! Doch war der Lärm so groß, daß Vizepräsident Rießer die Sitzung auf zehn Minuten unterbrach.

Nach Wiederaufnahme erklärte Eichhorn im Namen der KPD., daß seine Fraktion zwar die Fortsetzung der Rede Roths verhindern könnte, daß sie aber im Interesse der politischen Gefangenen darauf verzichte und es vorziehe, den Saal als Protest gegen die rohe Äußerung des Redners zu verlassen. Das war vielleicht nicht sehr revolutionär, aber relativ vernünftig.

Kaum waren die Kommunisten hinausgegangen, da ereignete sich ein neuer, noch ernstlicher Zwischenfall. Roth fuhr in seinen provokatorischen Äußerungen über den Fall Leviné fort, was Dr. Rosenfeld zu lebhaften Zwischenrufen veranlaßte. Deutschnationaler Abgeordneter freischien: „Juden haben im Reichstag nichts zu suchen!“ Der Vizepräsident Rießer, übrigens selbst ein Jude, überhörte offenbar absichtlich diese Schmähungen.

Da sah man plötzlich ein widerwärtiges Bild: vor dem Tisch des Hauses, der sonst meist umlagert wird, standen zufällig nur zwei Abgeordnete: der deutschnationale L a v e r r e n z und unser Kieler Genosse E g g e r s t e d t. Laverrenz, obwohl ihm die ganze Breite des Tisches zur Verfügung stand, rückte immer mehr nach links und stand bald vor den Bänken der Sozialdemokratie. Und mit seiner Dickhäutergestalt drängte er den kleinen und fast zierlichen Eggerstedt beiseite, der sich erstaunt umdrehte und darüber einen brutalen Rippenstoß mit dem Ellenbogen erhielt. Es war klar, daß es darauf abgesehen war, die Sozialdemokraten zu provozieren und einen Zwischenfall hervorzurufen. Unsere Genossen sitzen

stellung von der Ausdehnung dieser Ruinen, die sich über eine Entfernung von acht Kilometern in einer Reihe von kolossalen Hügelgruppen erstrecken. Ihrer Größe nach war die Stadt augenscheinlich die Metropole des Nordens, und in der Ausdehnung kann nur die sumerische Hauptstadt des Südens mit ihr verglichen werden, die ebenfalls an den Ufern des alten Euphrat liegt. Die große Altertümlichkeit dieser Städte stimmt im ganzen mit den geschichtlichen Überlieferungen überein, die uns von den sumerischen Gelehrten überkommen sind. Diese haben die legendäre Geschichte der Anfänge der Kultur geschrieben, beginnend mit der ersten Hauptstadt nach der Sintflut, und ihre Berichte stimmen darin überein, daß sich die älteste der geschichtlichen Städte war. Unsere Ausgrabungen haben gezeigt, daß es zwei Rassen in der frühesten Zeit gab, Sumerier und Semiten. Sie haben bewiesen, daß die ganze Kultur sumerischen Ursprungs war. Die Kultur des westlichen Asiens ist von den Sumeriern begründet worden. Unsere Ausgrabungen gestalten es, diese Rasse anthropologisch einzuordnen; sie gehört zu dem geschichtlichen runderköpfigen Typus, der bald nach der Eiszeit in die fruchtbaren Gebiete der beiden Flüsse von Zentralasien herabstieg. Die Annahme über die Identität der großen Tempel, die zwischen den Ruinen von Inghara liegen, ist durch unsere Funde bestätigt worden, und damit wird eines der schwierigsten Probleme der babylonischen Religion und Geographie aufgeklärt. Der Tempel der großen Muttergöttin, die den Menschen schuf, liegt wahrscheinlich zwischen dem kolossalen Sattel der Hügel von Inghara begraben. Die Lantafelsen, die von uns in einer großen Bibliothek in der Nähe dieses Tempels gefunden wurden, werden wahrscheinlich alle geschichtlichen Zusammenhänge näher erklären. Eine einzige Inschrift wird uns mehr erzählen, als das Umwälzen von großen Erdmassen.“

Der Tänzeffemier auf der Weltreise. Ein Amerikaner, Harry Mondorf, hat eine 10 Monate währende Weltreise unternommen, um die schönsten und erotischen Tänze der Welt zu sammeln und als Varieténummer zu verwenden. Er ist der Vertreter eines großen amerikanischen Varietétheaters, der Ceily-Theater, die über 300 Varietétheater in den Vereinigten Staaten und in Kanada besitzen. Er reiste durch China, Korea, die Philippinen, über Java, Birma, Siam, durch Indien und Ostafrika, und überall ließ er sich Tänze vorführen und suchte hervorragende Tänzer und Tänzerinnen sowie berühmte Tanztruppen für seine Programme zu gewinnen. Der Tanzeffemier hat 500 orientalische Tänzer und Tanztruppen engagiert und hofft damit 160 Nummern seines diesjährigen Programms zu decken.

Oper am Königsplatz. Die Operettenaufführungen beginnen am 30. Juni und wird zunächst eine Reihe von Aufführungen der Operette „Vollblut“ von Oscar Neibald gegeben, der dann je eine Serie von Aufführungen der Operetten „Fürstentum“, von Franz Schar, und „Varietta“, von Walter Kollo, folgen. Belle der Bühne 1.50 bis 1.70 R. Vorverkauf am 26. Juni an der Vermittlungsstelle des Opernhauses.

Amanda Lindner, die bekannte ehemalige Volkstheaterleiterin wurde für die nächste Revue des Theaters am Kurfürstendamm in Direktion Franz Schar (Salzer) verpflichtet.

sich aber diese Pferdeknechtmanieren des wegen seiner Brutalität berühmten deutschnational-völkischen Raufbolds nicht gefallen. Eine Anzahl von ihnen stürzte sich auf ihn, dem wiederum seine Freunde beifprangen. Daraus entstand bald ein allgemeines Gewühl, in dem einzelne Hiebe ausgetauscht wurden. Das Bulldoggengesicht des tapferen Laverrenz war sofort weiß wie ein Tischuch geworden. Ganz nach kommunistischer Art bezog er eine rückwärtige Stellung, während andere Abgeordnete schließlich eine Mauer zwischen den beiden Gruppen bilden konnten. Inzwischen hatte Dr. Rießer die Sitzung erneut unterbrochen.

Während der Pause beschäftigte sich der Ältestenrat mit dem Vorfall, und das Ergebnis wurde vom Präsidenten bei Wiederaufnahme der Verhandlungen mitgeteilt: Der Abgeordnete Laverrenz erklärt, daß er sich lediglich habe Raum schaffen wollen (!? dabei haben ihm Bierfünftel des Tisches zur Verfügung gestanden), daß ihm aber die Absicht, unseren Genossen Eggerstedt zu stoßen, ferngelegen habe!

Diese Entschuldigung entsprach zwar ganz und gar nicht dem wahren Tatbestand, wohl aber dem totenbleichen Antlitz dieses deutschnationalen Helden, der offenbar ganz erstaunt darüber war, daß die Sozialdemokratie, im Gegensatz zu den Kommunisten, sich selbst vor einem schwergewichteten reaktionären Provokateur nicht fürchten!

Der Arbeitsplan des Reichstages.

Der Ältestenrat des Reichstages bestimmte in seiner gestrigen Sitzung über die Verteilung des Arbeitsplans, den der Reichstag in dieser Woche in Beratung nehmen will. Am Sonntagabend soll jedenfalls der gegenwärtige Tagungsabschnitt abgeschlossen werden. Wenn der Reichstag dann seine Sitzungen wieder aufnehmen wird, hängt davon ab, wann die Reichsregierung die Gesetze zum Sachverständigenrat vorlegen kann. In dieser Woche sollen folgende Gegenstände erledigt werden: am Mittwoch die Anträge verschiedener Parteien wegen der Beamtenbeförderungsfragen, insbesondere der Personalabbauverordnung; am Donnerstag, wo die Sitzung schon um 10 Uhr beginnen soll, die sozialpolitischen Anträge und Interpellationen, u. a. die sozialdemokratischen Interpellationen in bezug auf Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit; am Freitag Interpellation wegen der Notlage der Ausgewiesenen der besetzten Gebiete, die vom Zentrum und den Sozialdemokraten eingebracht sind; sodann die deutschnationalen Anträge über die Kulturmertungsfrage und die Notlage der Landwirtschaft und des Weinbaues und am Sonnabend sollen diese Beratungen zu Ende geführt werden.

Landtag bis zum 19. Juli.

Der Ältestenrat des Landtags beriet am Dienstag über die Geschäftsloge. Der Landtag wird voraussichtlich zunächst bis zum 4. Juli in zweiter Lesung die Haushalte der Porzellanmanufaktur, der Handels- und Gewerbeverwaltung und der Justizverwaltung beraten. Dann Pause vom 5. bis 12. Juli, in der der Hauptausschuß weitere Etats vorbereiten soll. Voraussichtlich wird der Landtag dann noch bis zum 19. Juli tagen. Darauf soll die große Sommerpause eintreten.

Kaß kontra Thälmann.

Kommunistische Prinzipientreue.

Am Dienstagabend konstituierte sich der Rechtsausschuß des Reichstages. Turnusgemäß fiel der Vorsitz des Ausschusses an die kommunistische Fraktion, die den Abgeordneten Kaß zum Vorsitzenden vorschlug, der aus diesem Anlaß in feierlicher Eutaway erklärte war. Abg. Dr. Kaß von der Deutschen Volkspartei verlangte eine Erklärung, ob die vom Abg. Thälmann in der ersten Plenarsitzung des neuen Reichstages abgegebene Erklärung für die Kommunisten existierende Geschäftsordnung des Reichstages nicht aufrecht erhalten und von dem zum Vorsitzenden des Rechtsausschusses vorgeschlagenen Abgeordneten Kaß anerkannt werde. Und siehe da: Abg. Kaß antwortete ja, die Erklärung des Abgeordneten Thälmann betreffe nur die politische Stellung der Kommunisten zum Parlamentarismus. Er, Abgeordneter Kaß, werde als Vorsitzender des Rechtsausschusses selbstverständlich die Geschäftsordnung des Reichstages respektieren. Abg. Dr. Kaß stellte darauf fest, daß diese Erklärung abgegeben sei. Darauf wurde Kaß zum Vorsitzenden des Rechtsausschusses gewählt. — Die Kommunisten, die die Erklärung Thälmanns ernst genommen haben, dürften etwas verblüfft darüber sein, wie schnell ihre Vorkühler sich dem „bürgerlichen“ Parlamentarismus angepaßt haben.

Genosse Rosenfeld wünschte, daß wegen der Eiligkeit der Amnestiefrage schon morgen, Mittwoch, die nächste Sitzung stattfinden. Deutschnationaler und Deutschvölkischer widersprachen und Kaß erklärte, den Wünschen großer Fraktionen müsse Rechnung getragen werden. Die kommunistischen Ausschussmitglieder stimmten für den Antrag Rosenfeld.

Deutschnationale Schiebungen.

Die Stützen der „stärksten“ Partei.

Die Deutschnationalen haben sich im Verlauf der letzten großen Reichstagsdebatte wiederholt gegen den Reichspräsidenten gewendet, der aus guten Gründen darauf verzichtet hat, sie „als stärkste Partei“ mit der Regierungsbildung zu beauftragen. Abgesehen davon, daß auch die „stärkste Fraktion“ keinen berechtigten Anspruch erheben kann, mit der Regierungsbildung betraut zu werden, erreichten die Deutschnationalen die höchste Fraktionsstärke bekanntlich erst durch ein Pumpgeschäft bei den Landbündlern aus den verschiedensten Gegenden des Reiches. Das war wenigstens bisher die allgemeine Auffassung über die Entstehung der „stärksten Fraktion“ des Reichstages. Aber, wie der „Soz. Parlamentsdienst“ erzählt, ist es selbst bei dem deutschnationalen Pumpgeschäft nicht einmal mit rechten Dingen zugegangen. Das trifft wenigstens auf die deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Dorch und Glaser zu. Beide standen im Wahlkreis Hessen-Darmstadt auf der Liste des hessischen Bauernbundes und der rheinheffischen Bauernschaft. Dorch an erster und Glaser an dritter Stelle. Zwischen beiden war Dr. Möbus aus Sieversheim (Rheinheffen) als Kandidat der rheinheffischen Bauernschaft aufgestellt. Möbus brachte der Bauernbündliste 14384 Stimmen. Trotzdem wurde nicht er, als an zweiter Stelle stehend, Reichstagsabgeordneter, sondern Glaser, den man auf den Reichswahlvorschlag „Landliste“ gewonnen hatte. Die rheinheffischen Bauern sind also mit ihrem Kandidaten glatt durchgefallen.

Aber nicht nur das! Die Mehrzahl der rheinheffischen Bauern ist nicht deutschnational. Vor der Wahl haben sie sich sehr dagegen verwehrt, daß man die Landbündliste als deutschnational bezeichne. Tatsächlich war auch ein deutschnationaler Gegenvorschlag mit dem bekannten Dr. Werner als Spitzenkandidaten gegen die Bauernliste aufgestellt. Trotzdem sind die genannten Abgeordneten nach der Wahl der Deutschnationalen Fraktion beigetreten. Die rheinheffischen Bauern sind also doppelt geprellt: ihr Kandidat ist übergefallen, und ihre Stimmen haben die Deutschnationalen in

Gestalt von zwei Mandaten erhalten. Mittlerweile ist das den rheinheffischen Bauern auch klar geworden. In einer Polemik gegen unser Parteiblatt, die Mainzer „Volkzeitung“, erklärt ihr Organ, der „Freie Hesse-Bauer“, vom 6. Juni folgendes:

„Richtig ist, daß die rheinheffischen Bauern bei der Reichstagswahlirreführt worden sind. Es war nämlich bei den Vorverhandlungen mit den übrigen Landbündlern und Bauernlisten ausdrücklich vereinbart worden, daß die gewählten Kandidaten keiner Partei beitreten dürften. Entgegen dieser klaren und eindeutigen Abmachung haben nun doch verschiedene dieser gewählten Herren, unter anderem der Spitzenkandidat Dorch-Wölfersheim, sich der Deutschnationalen Volkspartei angeschlossen. Es ist dieser Vorfall sehr bedauerlich. Dies kann und darf aber die Bauern nicht abhalten, bei den zukünftigen Wahlen noch rückhaltlos für ihre beruflichen Interessen einzutreten. Nur werden die rheinheffischen Bauern in Zukunft sich die Kandidaten aus anderen Gebietsteilen Deutschlands etwas näher ansehen und bei Listenverbindungen und Wahlkompromissen vorsichtiger sein müssen, als sie das bei der letzten Reichstagswahl gewesen sind.“

Also: Entgegen einer klaren und eindeutigen Abmachung, keiner Partei beizutreten, haben Dorch und Glaser sich zu der Deutschnationalen Fraktion geschlagen und damit ihre Wähler hinter das Licht geführt. Sie haben durch Wortbruch ihre Mandate ergattert, und die Deutschnationalen haben den Betrug und die Aufnahme der beiden sanktioniert. Wir wundern uns nicht, wenn sich jetzt noch herausstellen würde, daß auch die übrigen Landbündler unter den gleichen Umständen wie Dorch und Glaser bei den Deutschnationalen landeten. Berücksichtigt man übrigens, daß v. Kemnitz, der von seinem Wahlkreis ohne Erfolg aufgefördert wurde, das Mandat, das ihm die Volkspartei verschaffte, niederzulegen, und auch Herr v. Marecki nicht auf viel bessere Art, wie Dorch und Glaser Mitglied der Deutschnationalen Fraktion wurde, dann ergibt sich, daß die Deutschnationalen für die Zukunft kein Recht mehr haben, sich als „stärkste Fraktion“ zu bezeichnen. Eines muß man ihnen dennoch zugestehen: sie können als beste Schieberfraktion gelten, denn im Schiebern dürften sie unübertrefflich sein.

Die Bayerische Regierungskrise gelöst.

Geld Ministerpräsident.

München, 24. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Endlich ist die bayerische Regierungskrise gelöst. Nachdem am Montagabend zwischen den drei Koalitionsparteien eine vorläufige Einigung über das Regierungsprogramm erzielt worden war, andererseits aber alle Versuche, für das neue Programm einen außerparteilichen Ministerpräsidenten zu bekommen, fehlgeschlagen sind, hat die Fraktion der Bayerischen Volkspartei am Dienstagvormittag einstimmig den Beschluß gefaßt, ihren Führer, den Abgeordneten Geheimrat Held, dem Landtag als Ministerpräsident vorzuschlagen. Held hat erst nach langem Widerstreben die Wahl angenommen. Er bildet seine Regierung auf der Koalitionsoasis von Bayerischer Volkspartei, Deutschnationalen und Bayerischem Bauernbund; darüber hinaus aber will er versuchen, auch bei den anderen Parteien für seine Person um Vertrauen zu werben. Eine offizielle Fühlungnahme mit der Sozialdemokratie, die sich eingehend mit dieser überraschenden Wendung der Dinge befaßt wird, ist noch nicht erfolgt.

Wie verlautet, ist damit zu rechnen, daß die jetzigen Kabinettsmitglieder in der Hauptsache auf ihren Posten bleiben, mit Ausnahme des Innenministers Dr. Schweger, dessen Person der Bayerischen Volkspartei selbst von Anfang der Regierungskrise an zu sehr belastet erschien. Der deutschnationale Justizminister Dr. G ü r t n e r wird wahrscheinlich im Amte bleiben. Der Landtag wird zunächst für Dienstag nachmittag zusammengerufen, um offiziell die Wahl des Ministerpräsidenten vorzunehmen.

Geheimrat Held steht im 57. Lebensjahre. Er ist geboren in Hellen und erst seit 1899 in Bayern (Regensburg). Er ist seit 1907 Mitglied des Bayerischen Landtages, seit 1914 Fraktionsführer der Bayerischen Volkspartei und hat als solcher die bayerische Politik stets maßgebend beeinflusst. Im öffentlichen Leben spielte er außerdem eine Rolle als Herausgeber des „Reichsbürger Anzeigers“, einer der angesehensten Zeitungen der Bayerischen Volkspartei, sowie als einer der führenden Männer der bayerischen Katholiken.

Die parteioffizielle „Bayerische Volkspartei-Korrespondenz“ schreibt zu der Wahl Helde u. a.: „Es ist für die Fraktion der Bayerischen Volkspartei ein außerordentlich schweres Opfer, ihren bewährten und beinahe unerfesslichen Führer für die Regierungsbildung zur Verfügung zu stellen. Nur das Verantwortungsgefühl für den Staat konnte sie zu diesem Entschlusse bestimmen, ebenso wie ausschließlich die Rücksicht auf die zwangvolle Lage, in die der Staat durch ein Verlangen der nach der Verfassung für die Regierungsbildung verantwortlichen Faktoren kommen muß, Dr. Held bestimmen konnte, alle persönlichen und partipolitischen Gesichtspunkte zurückzustellen und der einmütigen Aufforderung seiner Partei schmerzlichen Hergens zu folgen. Mit der Aufstellung ihres Führers als Ministerpräsidentenkandidaten hat nunmehr die Bayerische Volkspartei alle Mittel erschöpft, um den auf die Dauer unerträglichen Interimszustand in Bayern zu beendigen.“

Haushaltung im bayerischen Landtag.

München, 24. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstag nachmittag durchsuchte die Polizei mit Genehmigung des Landtagspräsidenten das Fraktionszimmer der Kommunisten im Landtag, da die Polizei begründeten Verdacht hatte, daß das Fraktionszimmer die Zentrale für die Fortführung der in Bayern verbotenen kommunistischen Partei ist. Es wurden insgesamt sieben Personen verhaftet und im Kraftwagen zur Polizei gebracht. Abgeordnete befanden sich nicht darunter. Außerdem wurde eine große Menge Altmaterial und Propagandaschriften beschlagnahmt.

Abbau der spanischen Diktatur.

Madrid, 24. Juni. (U.) Auf einem Kiefernbankett mit über 5000 Gästen erklärte Primo de Rivera die Frage von Marokko energisch in Angriff nehmen zu wollen; schließlich versprach er, daß das Direktorium die Macht an die Zivilbehörden zurückgeben werde, sobald seine Aufgabe erfüllt sei.

Der Fraktionsvorstand der Volkspartei. In der Fraktionsitzung der Deutschen Volkspartei wurden die Parteivorschläge vorgenommen. Gewählt wurden: Dr. Scholz, erster Vorsitzender; Dr. Zapf, zweiter Vorsitzender; Dr. Curtius, dritter Vorsitzender; Brünninghaus, Geschäftsführer; Morath, stellvertretender Geschäftsführer. Zu Beisitzern wurden gewählt: Dr. Becker-Hessen, Benthien, Hepp v. Kardorff, Kempkes, Dr. Munkel und Winnefeld.

Im bevölkerungspolitischen Ausschuss wurde der völkische Abgeordnete Roth zum ersten Vorsitzenden und der kommunistische Rödel zum zweiten Vorsitzenden gewählt. Zum Schriftführer der Deutschnationalen Roth.

Gewerkschaftsbewegung

Die Opfer des Ruhrkrieges.

Aus dem Ruhrgebiet erhalten wir aus den Kreisen der bei der Regie beschäftigten deutschen Eisenbahnbeamten folgende Zuschrift:

Wir Eisenbahner im besetzten Gebiet an Ruhr und Rhein haben uns in das Unvermeidliche gefügt. Wir haben notgedrungen der Regie unsere Dienste zur Verfügung gestellt; von Regierung und Reichsministerium wurde dies im Interesse des Vaterlandes, der Volkswirtschaft von uns verlangt. Wir haben damit ein Joch und eine Last auf uns genommen, die nicht mehr erträglich sind. Abgesehen vom seelischen Moment, ist die Bezahlung der deutschen Regie-Eisenbahner so gering, daß sie kaum noch das nackte Leben fristen, den beschäbsten Lebensunterhalt nicht mehr bestreiten können. Wovon sie Wohnungsmiete, Schulgeld und weitere unbedingt notwendige Bedürfnisse decken sollen, sie wissen es nicht.

Die Gehalts- und Lohnzahlung bei der Regie erfolgt in Frankfurt, dessen Kurs so niedrig ist, daß die Beamten, je nach den verschiedenen Besoldungsgruppen, monatlich ein um 80 bis 180 Goldmark geringeres Einkommen haben als ihre Kollegen bei der Reichsbahn und anderen Behörden. Es ist anerkannt, daß auch das Einkommen der letztgenannten Beamten, soweit sie den unteren Gruppen angehören, kaum den dringendsten Bedürfnissen entspricht. Um so augenscheinlicher und krasser ist nach dem Borgefügten die bittere Not der Regiebeamten. Unter ihnen befinden sich ergraute Beamte in großer Zahl mit 25 und mehr Dienstjahren. Wohl die meisten dieser Eisenbahner waren außerdem mit Familie ausgewiesen, unter Preisgabe ihrer gesamten Habe. Lange Monate, bis Jahresfrist haben sie mit Frau und Kindern unter vielfach traurigen Verhältnissen in der Fremde umhergeirrt. Auch sie, die damals zwangsweise Vertriebenen, mußten nun in die Dienste der Regie eintreten. Sie mußten, Reichsregierung und Reichsbahnverwaltung verlangten es, im Interesse des Vaterlandes, zum Wohle der Volksgenossen.

Wir tun unser Bestes, um den Verkehr und damit unsere Wirtschaftslage wieder in die Höhe zu bringen und um dem Deutschen Reich zu ermöglichen, seinen unvermeidlichen Verpflichtungen nachzukommen. Aber — daß uns nun Vaterland und Volksgenossen im Elend versinken lassen, sich um unser Schicksal nicht kümmern, das haben wir nicht erwartet. Der Dank des Vaterlandes ist euch gewiß, ihr werdet für allen Schaden, für alle Not entschädigt werden, Treue um Treue. So wurde uns bei der Ausweisung von allen Seiten, von Reichsregierung, Behörden, Presse und Volksgenossen versichert. Und das ist nun der Dank, das ist die Treue?

Den zur Regie einberufenen deutschen Eisenbahner ist zugesichert worden, daß sie gehaltlich den übrigen Ruhrbeamten gleichgestellt bleiben sollten, wie sich dies übrigens von selbst versteht. Diese Zusicherung wird jedoch nun nachträglich nicht eingehalten. Weshalb nicht? Weshalb kümmert sich die Reichsregierung nicht um die Einhaltung dieses Vertragsstückes, da doch die Verlesung von 30 000 deutschen Brüdern hieron abhängt?

Wie durch Erlass des Reichsverkehrsministers vom 12. Februar 1924 bestätigt worden, sind die in die französisch-belgische Regie übernommenen Eisenbahnbeamten nach wie vor Reichsbeamte. Abgesehen von der moralischen Verpflichtung, sich der unter der Fremdherrschaft besonders notleidenden deutschen Volksgenossen hilffähig anzunehmen, erwächst hieraus für Reichsregierung und Volkswirtschaft die unabwiesbare Ehrenpflicht, so rasch wie möglich Mittel und Wege zu suchen, um den Eisenbahner die durch die Dienstleistung bei der Regie erlittenen Einkommensverluste auszugleichen. Auch das sind Befahrungsschäden, und zwar besonders drückende und für so schwache Schultern, wie die der Eisenbahner, absolut untragbare.

Wir können hierzu mitteilen, daß sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion auf Veranlassung des Deutschen Eisenbahnerverbandes mit der Angelegenheit bereits eingehend befaßt und die nötigen Schritte veranlaßt hat. Die Angelegenheit dürfte demnächst im Reichstag zur Sprache kommen.

Weit schlimmer als die Regie-Eisenbahner sind aber die nicht beamteten Eisenbahner daran, die von der Regie nicht eingestellt wurden. Während die Reichsbahnbeamten, die von der Regie nicht eingestellt wurden, ihr volles Gehalt beziehen, erhalten die Lohnempfänger, die sich in der gleichen Lage befinden, seit dem 31. Dezember 1923 keinen Pfennig mehr von der Reichsbahnverwaltung. Sie sind lediglich auf die Erwerbslosenunterstützung angewiesen, die im besetzten Gebiet jedoch nur bis zu 26 Wochen gezahlt wird. Diese Höchstdauer läuft Ende dieses Monats ab. Wenn man auch erwarten kann, daß es in der Gesamtfrage mit der neuen französischen Regierung in kurzer Zeit zu einer befriedigenden Lösung kommen wird, so ist es nicht weniger dringend, den Eisenbahner, ganz besonders aber auch den Lohnempfänger, über diese Zeit hinwegzuhelfen.

Internationale Arbeitskonferenz.

Genf, 24. Juni. (W.Z.) Der Resolutionsentwurf der Arbeitsgruppe der Internationalen Arbeitskonferenz über den Achtstundentag hat folgenden Wortlaut:

„Die Internationale Arbeitskonferenz ist der Ansicht, daß die Niederlegung des Sachverständigenberichtes und die allgemeine Bewegung in allen Ländern zugunsten der Annahme seiner Schlussfolgerungen einen bedeutenden Fortschritt für die Regelung aller durch die Verträge aufgeworfenen Fragen und die Wiederherstellung des Friedens bedeutet. Sie ist ferner der Ansicht, daß es überhaupt wichtig wäre, daß keine sozialen Schwierigkeiten die Verwirklichung stören oder hemmen, daß aber die Arbeitsbedingungen und insbesondere die Arbeitszeit nicht berührt werden dürfen. Eine Verlängerung der Arbeitszeit in einem Land im gegenwärtigen Zustande der internationalen Konkurrenz würde eine ernste Bedrohung für die Arbeitsbedingungen in den

anderen Ländern bedeuten. Die Konferenz hat daher den Verwaltungsrat des Arbeitsamtes ersucht zu prüfen, mit welchen Mitteln und Methoden die Aufmerksamkeit der Reparationskommission auf die internationale Sozialpolitik zur Verwirklichung ihres Programms gelenkt werden könne.“

Der polnische Vertreter beim Völkerbund, Graf Skrzynski, legte in Gegenwart der polnischen Delegation bei der Internationalen Arbeitskonferenz, sowie des Generalsekretärs des Völkerbundes Sir Eric Drummond und des Direktors des Arbeitsamtes Albert Thomas im Völkerbundssekretariat die Ratifikationsurkunde von 13 Arbeitsabkommen nieder. In einer kurzen Ansprache erklärte Graf Skrzynski, daß Polen durch diese Ratifizierung den Willen zur Festigung des Weltfriedens und zur Förderung der internationalen Arbeitsorganisation bekundet und seine engen Beziehungen zum Arbeitsamt und zum Völkerbund

Postabonnenten

welche die Erneuerung des Abonnements für Juli noch nicht vorgenommen haben, müssen noch heute das Versäumte nachholen, wenn keine Unterbrechung in der Zustellung der Zeitung erfolgen soll

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

festigen wolle. Sir Eric Drummond und Albert Thomas dankten dem polnischen Delegierten, wobei Thomas seiner Genehmigung darüber Ausdruck gab, daß ein Industriestaat von der Bedeutung Polens die Abkommen ein bloc ratifiziere.

Der Jahresbericht des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, der jetzt auf der Konferenz des Internationalen Arbeitsamtes besprochen wird, gilt in einem besonders breiten Raum der Frage der Ratifikationen der im Jahre 1919 in Washington abgeschlossenen Konventionen über den Achtstundentag. Bis jetzt haben Polen, Griechenland, Bulgarien, Rumänien, die Tschechoslowakei und Indien das Abkommen bedingungslos ratifiziert, Desterreich unter gewissen Bedingungen. Frankreich ist, wie Arbeitsminister Godard Pressevertretern heute vormittag erklärte, ebenfalls bereit, das Abkommen zu ratifizieren. Da es als einer der ersten Staaten den Achtstundentag schon lange in die Praxis umgesetzt habe. Es verlange aber auch, daß die anderen Industriestaaten dies ebenfalls tun. Besonders appelliere er als Vertreter der Demokratie des Westens an die deutsche Demokratie, daß sie die sozialen Ergründungen nicht preisgibt. Im der Reparationsleistungen wollen den sozialen Fortschritt, den Achtstundentag, durch Verlängerung desselben zu Fall zu bringen, bedeute eine Ungerechtigkeit. Der Minister bekannte sich danach als einer der überzeugtesten Anhänger der Aufhebung der Nachtarbeit in den Bäckereien.

Zum Konflikt in der Holzindustrie.

Der Arbeitgeberverband des Holzgewerbes verbreitet durch W.Z. folgende Darstellung der Differenzen zwischen ihm und der Arbeiterschaft:

Am Holzgewerbe sind seit Kündigung des Mantelvertrages zwischen den Parteien außerordentlich schwierige Verhandlungen wegen der Abänderung des Vertragsverhältnisses geführt worden, bei denen insbesondere die Arbeitszeit und die Ferienfrage stark umstritten waren. Nachdem bereits einige wenige Bezirksverträge zum Abschluß gekommen sind, waren nunmehr auch die zentralen Mantelvertragsverhandlungen soweit geführt, daß der Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes der deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes, die am 21. Juni in Frankfurt a. Main stattfand, eine Kommissionsvorlage unterbreitet werden konnte. Die Generalversammlung kam jedoch zur Ablehnung dieser Vorlage. Hierfür waren insbesondere die vorgelegenen Bestimmungen über Einstellung und Entlassung, Arbeitszeit, Arbeitslohn und Ferien maßgebend.

Demit bestätigt der Arbeitgeberverband die von uns veröffentlichte Darstellung. Den Arbeitgebern allein ist die Schuld für den heraufbeschworenen Konflikt beizumessen. Das Ergebnis dürfte jedoch wesentlich anders sein, als es sich die Scharmacher in Frankfurt gedacht haben. Dafür bürgt der traditionelle Kampfgeist und die stürmerprobte Organisation der Holzarbeiter.

Abbruch des sächsischen Bergarbeiterstreiks.

Dresden, 24. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Abstimmung der sächsischen Bergarbeiter über Annahme oder Ablehnung des vom Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedsspruchs hat die erforderliche Zweidrittelmehrheit für die Ablehnung nicht gebracht. Auf Grund dieses Abstimmungsergebnisses haben die Gewerkschaften die Anweisung gegeben, den Kampf abzubrechen und die Arbeit am Dienstag, den 24. Juni, wieder aufzunehmen. Im Lugau-Deilschauer Gebiet hat sich die Arbeitsaufnahme statt vollzogen. Die erste Schicht hat sich rechtzeitig an der Arbeitsstelle gemeldet und ist angenommen worden. Im Zwickauer Revier sind dagegen von der ersten Schicht nur etwa 30 bis 40 Prozent zur Einstellung gekommen. Die Arbeitgeber begründen diese Maßnahme damit, daß zunächst noch größere Aufräumungsarbeiten gemacht werden müßten und der restliche Teil der Schichten voraussichtlich am Mittwoch früh einfahren könnte. Dem größten Teil der Betriebsräte und fast sämtlichen Funktionären des Bergarbeiterverbandes im Zwickauer Revier ist eröffnet worden, daß sie nicht wieder eingestellt werden. Die Gewerkschaften haben erklärt, daß sie darüber eine Entscheidung des Reichsarbeitsministeriums herbeiführen werden.

Die Belegschaft der Schnellwaagenfabrik Georg Heinrich, Berlin, Beusselstr. 70, ist seit Sonnabend ausgeperrt. Der Konflikt entstand wegen des Betrages von einer Mark und 50 Pfennigen. Dieser Betrag wurde einem Arbeiter abgezogen. Die Betriebsverwaltung der Arbeiter wurde deswegen vorstellig. Da der Betriebsleiter nach ihrer Auffassung den Herrn-im-Haus-Standpunkt hervor-

kehrte, trat die Belegschaft von 22 Mann in passiver Resistenz und wurde daraufhin ausgeperrt. Die Ausgeperrten erfordern die Metallarbeiter um Solidarität.

Achtung! Arbeiter und Arbeiterinnen der chemischen Industrie! Bei der Firma Dr. Labaschin, Fabrik chem.-pharmazeutischer Präparate, Alt Moabit 104, und bei der Firma C. F. Henke, Chemische Fabrik, A.-G., Brieg, Rudower Straße 61, befinden sich die Arbeiter wegen Lohnminderungen im Streik. Es wird von den Firmen versucht, Arbeitswillige zu bekommen. Zugug ist streng fern zu halten.

Verband der Fabrikarbeiter, Ortsverwaltung Groß-Berlin.

Der Schiedsspruch für die eisenhaffende und eisenverarbeitende Industrie des Ruhrgebiets, Nordwestgruppe, wurde vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt. Ob damit der Konflikt beigelegt ist, muß bezweifelt werden. — Die drei Metallarbeiterverbände werden zu der durch die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruchs für die nordwestliche Gruppe der Metallindustrie geschaffene Lage am Samstag nachmittag in drei großen Funktionärsvorlesungen Stellung nehmen und über einen eventuellen Streikbeschluß entscheiden.

II. Verbandstag des ZöA.

Kassel, 24. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Nach der Annahme des gegen die kommunistischen Mitglieder des Verbandes gerichteten Antrages am 2. Verhandlungstag brachte der Rest dieses Tages noch eine Erklärung, die Schönlank-Halle im Namen der kommunistischen Delegierten des Verbandstages gibt. Trotz der nunmehr vollzogenen Entziehung der kommunistischen Zentralverwalter werden wir nach wie vor unsere wohlverstandene Pflicht als Gewerkschaftler erfüllen, nicht zur Schädigung, sondern zum Wohle des Verbandes. Wir warnen gleichzeitig den Verbandstag vor den noch unübersichtlichen Folgen jenes Beschlusses. Mit der Besprechung zahlreicher einzelner Anträge und der Konstituierung der erforderlichen Kommissionen schließen die Verhandlungen des 2. Tages nachmittags gegen 6 Uhr.

Dritter Verhandlungstag.

Den geistigen Höhepunkt der gesamten Verhandlungen der drei Verhandlungstage bildet das Referat Schröders, des Leiters der sozialpolitischen Abteilung des ZöA, über „Die Sozialpolitik und die Angehörigen“. Wir sehen, so begann er seine Ausführungen, vor dem Zusammenbruch der deutschen Sozialpolitik. Die „neue Sozialpolitik“, die von den Führern der Großindustrie auf dem Industrietag dieses Jahres gefordert wurde, ist eine kapitalistische Parteipolitik und überhaupt keine Sozialpolitik. Für diese Sozialpolitik ist die Scheidung der Gesellschaft in Klassen ein unerlöschliches Dogma. Sie übersehen, daß jede wahrhafte Sozialpolitik auf die Überwindung der kapitalistischen Produktion und auf eine grundsätzliche Umgestaltung der gegenwärtigen Gesellschaft hinzielt. In seinen weiteren Ausführungen gibt der Referent einen allgemeinen Überblick über die Entwicklungsgeschichte der Sozialpolitik von den Fabrikinspektionen des verflochtenen Jahrhunderts. Eine Wendung von weltgeschichtlicher Bedeutung trat aber ein, als die Arbeiterschaft ihrer Lage bewußt war und aus diesem Bewußtsein heraus ihre Organisationen schuf. Im Kampf des Unternehmertums gegen die sozialpolitischen Bestrebungen des Proletariats behaupten die Führer der Industrie immer von neuem, daß die sozialpolitische Schutzgesetzgebung hemmend auf die Produktion einwirke. Es ist charakteristisch für die Regierung Marx-Stresemann, daß sie in diesem Punkte mit dem deutschen Unternehmertum völlig übereinstimmt. In ihren Veröffentlichungen haben der Reichsfinanzminister Dr. Luther und der Arbeitsminister Dr. Brauns diesen Unternehmerstandpunkt gegenüber den sozialpolitischen Forderungen der Arbeiterschaft unverhüllt zum Ausdruck gebracht. Es ist ein großes Verdienst des ehemaligen Staatssekretärs Hirsch, daß er in einer kürzlich veröffentlichten Schrift den falschen Auffassungen der beiden Minister mit unwiderleglichen Beweisgründen entgegengetreten ist. Hirsch wendet sich gegen den Abbau des Achtstundentages und gegen den Abbau der Sozialpolitik überhaupt. Dem deutschen Unternehmertum, so schließt Schröder seine Ausführungen, hat weit weniger derjenige Teil des Versäulter Friedensvertrages Sorge bereitet, der die Reparationsleistungen für Deutschland bestimmt, denn es versteht ja vortrefflich, sich von jeder Bezahlung und Leistung zu drücken, als vielmehr derjenige Teil, der eine Reihe anerkannter Bestimmungen sozialpolitischer Charakters enthält. Es sucht das Kapital den Staat zu expropriieren, nachdem es das arbeitende Volk expropriert hat. Demgegenüber müssen wir dahin streben, daß der Staat aus einem armen Schuldner zu einem Besizer werde. Der Staat als Sozialeigentümer, das ist die Voraussetzung für die wirtschaftliche Gesundung der Gesellschaft und für eine höhere Entwicklung der Kultur. In dieser Auseinandersetzung mit dem Kapital wird die organisierte Arbeiterschaft eine bedeutende Rolle spielen. Wenn sie sich emanzipiert von ihrer bürgerlichen Tradition, um in die große Front der schaffenden Arbeit einzutreten, so wird sie zu einem Träger des „konstruktiven Sozialismus“ werden. Einstimmig wird beschlossen, das mit lebhaftem Beifall aufgenommene Referat Schröders als Broschüre des Verbandes erscheinen zu lassen.

Darauf erfolgt der Bericht der Bescheidungskommission, die u. a. beauftragt, zehn kommunistische Verbandsmitglieder der Ortsgruppe Berlin auszuscheiden. Nach einer ausgedehnten Diskussion werden diese Anträge mit großer Mehrheit angenommen. Eine noch umfangreichere Debatte entwickelt sich im Anschluß an den Bericht der Sachungskommission, die viele Veränderungen organisatorischer Natur vorschlägt. Daneben spielt die Frage, ob die drei Beiträge abgebaut werden sollen oder nicht, eine große Rolle. Mit der Wiederwahl des alten Vorstandes schließt der zweite Verbandstag des Zentralverbandes um 9 Uhr abends.

Wetterbericht für Berlin und Umgegend. Heiter und trocken, am Tage mäßig warm, nachts ziemlich kühl, schwache, westliche Winde.
Für Deutschland. An der Küste nur vorübergehend etwas Regen, sonst heiter und trocken.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Erwin Salernus; Gewerkschaftsbewegung: Felix Götter; Neuigkeiten: Dr. John Schilowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Korfstädt; Angelegen: Th. Glöck; sämtlich in Berlin.
Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, SW. 68, Lindenstraße 3, Dienst 2 Bellanrn.

Schaumpon
mit dem schwarzen Kopf
Das allbewährte Kopfwaschpulver

Dr. Thompsons Seifenpulver

spart Arbeit,



Zeit und Geld

Dr. Thompsons Seifenpulver (Marke Schwan) das Paket 30 Pfg.

Krach im Rathaus.

In der Stadterordnungsversammlung erlebten gestern die bürgerlichen Parteien eine Enttäuschung, die sie nicht erwartet hatten. Schon die Tatsache, daß die Sozialdemokratie ebenfalls eine Sitzung erzwungen hatte, war ihnen sehr wider den Strich. Immerhin hatten sie die Hoffnung, daß nach einer halben Stunde der so heiß ersehnte Abbau zur Erledigung kommen würde. Diesmal waren es die Kommunisten, die ihnen das Geschäft verderben. Sie stellten fest, daß ein großer Teil der Versammlung die Einladung nicht ordnungsgemäß erhalten habe und daß die Sitzung deswegen nicht stattfinden könne. Diese Auslegung wurde von bürgerlicher Seite mit dem bei solchen Anlässen üblichen juristischen Scharfsinn abgelehnt. Wir möchten deswegen ausdrücklich darauf aufmerksam machen, daß wir aus unserer Praxis wissen, daß z. B. der deutschnationale Vorsteher der Bezirksversammlung von Schöneberg bei der jetzt erfolgten endgültigen Verabschiedung der Schöneberger Geschäftsordnung ebenfalls den Standpunkt vertreten hat, daß die in der Geschäftsordnung vorgeschriebenen zwei freien Tage vor dem Stattfinden der Sitzung erst mit dem Moment der erfolgten Zustellung beginnen. Die bürgerlichen Parteien im Rathaus werden nicht behaupten wollen, daß der deutschnationale Schöneberger Vorsteher bei dieser Handhabung der Geschäftsordnung sich von Parteirücksichten leiten läßt. Aus der Bezirksversammlung von Cöpenick sei festgestellt, daß der sozialdemokratische Vorsteher bei Beschlüssen mehrerer Sitzungen die Aufhebung herbeigeführt hat, weil nachträglich geltend gemacht wurde, daß die Einladungen zu spät gekommen waren. Daß die Beschlüsse aufgehoben würden, verlangten die rechtsstehenden Parteien. Im Berliner Rathaus aber tobten gestern die rechtsstehenden Parteien wie die Wilden. Der wahre Grund ist natürlich nicht die fittliche Entrüstung über den Vorsteher, sondern die Wut darüber, daß sie ihr Ziel nicht erreicht haben. Sie werden sich noch etwas gedulden müssen, die Herrschaften!

Für den gestrigen Dienstag standen im Berliner Rathaus zwei außerordentliche Sitzungen an: eine von den Bürgerlichen beim Vorstände beantragte nichtöffentliche Sitzung, in der von 6 Uhr ab die Frage des Magistratsabbaues weiter erörtert und zum Abschluß gebracht werden sollte, und eine von der Linken beantragte öffentliche Sitzung, die von 1/2 6 Uhr ab der Spezialberatung des Haushaltsplans für 1924 gewidmet sein sollte. Seit 5 Uhr gab man sich im Aulsaal den erdenklichen Mühen, einen Ausweg aus dem so gefährlichen Dilemma zu finden; 6 Uhr war lange vorüber, als die Besprechung der Ältesten endlich zum Abschluß gelangte.

Um 1/2 7 Uhr erklärte Vorsteher Hoff die öffentliche Sitzung für eröffnet. Er teilte mit, daß an Stelle des kommunistischen Stadtverordneten Grunewitz Zeitungspediteur Paul Fischer in die Versammlung eingetreten ist. — Ein dringlicher Antrag der Deutschnationalen, der Maßnahmen des Magistrats zur Aufhebung der dritten Steuernotverordnung und zur Aufwertung der Stadtsanleihen und Sparkassenguthaben verlangte, stieß bei der Linken auf Widerspruch und konnte daher nicht sofort verhandelt werden.

Darauf gab der Vorsteher vor Eintritt in die Tagesordnung eine Erklärung über die von ihm angeordnete Einberufung der beiden Sitzungen ab. Beide ihm zugeleitete Anträge seien mit mehr als 60 Unterschriften versehen gewesen; er sei somit verpflichtet gewesen, zwei Sitzungen einzuberufen. Der Antrag betr. die nichtöffentliche Sitzung sei am 17., der andere am 19. Juni eingegangen; beide Anträge hätten auch eine bestimmte Tagesordnung vorgeschlagen. Von dem Rechte des Vorstehers, die Tagesordnung zu bestimmen, habe er unter den obwaltenden Umständen keinen Gebrauch gemacht. Die Bemühungen im Aulsaal, zu einer Verständigung zwischen den beiden Parteien zu gelangen, hätten kein Ergebnis gehabt; es würden also die beiden Sitzungen abgehalten werden, die nichtöffentliche eine halbe Stunde nach der öffentlichen. — Wenn er die nichtöffentliche Sitzung nicht nach § 42 der Stadterordnung resp. nach § 44 der Geschäftsordnung (wonach sie beschlußfähig ist, auch wenn nicht die beschlußfähige Anzahl anwesend

sein sollte) einberufen habe, so habe er auch hier sich nach den Gepflogenheiten des Hauses gerichtet. Ueber die Auslegung dieser Paragraphen beständen in der Versammlung völlig gegensätzliche Meinungen schon seit 1921, und in der bisherigen Praxis sei im Falle eingetretener Beschlußunfähigkeit einer Sitzung die nächste bald mit dem Schutz der §§ 43, 44, bald ohne denselben einberufen worden. Im vorliegenden Falle habe es sich zudem nicht um einen Punkt der Tagesordnung, sondern um die Abstimmung über einen Beratungsantrag gehandelt, bei der sich die Beschlußunfähigkeit herausstellte. (Lärm rechts.) Er habe die beantragte nichtöffentliche Sitzung, wie er offen und frei erkläre, auch deshalb nicht unter den § 42 gestellt, weil er von vornherein wußte, daß er, was er auch tat, bei der einen Hälfte des Hauses als nicht objektiv gelten würde; nach seiner Rechtsauffassung und nach den Gepflogenheiten des Hauses habe er zu der gleichen Ueberzeugung kommen müssen. — Es folgte

eine erregte Geschäftsordnungsdebatte, in deren Verlauf der Lärm und Tumult sich immer mehr steigerte, so daß ein Teil der Auseinandersetzungen in dem allgemeinen Durcheinander verloren ging. Gabel (Komm.) erklärte, die Einladung zur Dienstsitzung erst am Sonntag erhalten zu haben, und erhob auf Grund des § 34 der Geschäftsordnung Einspruch gegen die Abhaltung der Sitzung, da zwischen Einladung und Sitzung nicht zwei freie Tage gelegen hätten. — Lüdike (Dnalk.) richtete an den Vorsteher die Frage, ob er im Ernste der Meinung gewesen sei, daß die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung tatsächlich in einer halben Stunde erledigt werden könnte, und beschuldigte ihn, Obstruktion getrieben zu haben, was stürmischen Widerspruch und Entrüstung auf der Linken hervorrief. Weiter fand Lüdike es sehr befremdlich, daß man zwar alle Magistratsbeamten abbaue, aber den Abbau des Magistrats mit aller Gewalt verhindern wolle. Schließlich beantragte er Vertagung der öffentlichen Sitzung. — Gen. Dr. Wegl trat ihm mit dem Hinweis darauf entgegen, daß der Einspruch Gabels vorgehe, und beantragte namentliche Abstimmung über den Einspruch.

Vorsteher Hoff stellte fest, daß, wie zu Dienstsitzungen üblich, die Einladungen in der Nacht zum Sonnabend expediert worden sind. Er ersuchte dann diejenigen Mitglieder, die erst am Sonntag in den Besitz der Einladung gekommen seien, sich zu melden. (Sturm der Entrüstung rechts; wiederholte Rufe: Schließung!) Es erhoben sich unter dem Gelächter der Rechten zahlreiche Mitglieder der Sez. und Komm. — Vorsteher Hoff: Nachdem festgestellt ist, daß — nicht durch Verläumdung des Bureau, sondern der Post — mehr als 15 Mitglieder rechtsgültigen Einspruch gegen die Abhaltung der Sitzung erhoben, kann die heutige Sitzung nicht stattfinden. (Lebhafter Beifall links; Rufe nach rechts: Auf Wiedersehen übermorgen!) — Der

Geschäftsordnungsrat ging noch eine Weile fort. Fabian (Dnalk.) sah lediglich die ordnungsgemäße Absendung der Einladungen als maßgebend an. Dör (Komm.) ist auch erst Sonntag morgen von der Einladung erreicht worden. Gen. Dr. Weinberg wird von der Rechten mit Rufen wie „Jetzt kommt der Richtige! Kaufschell! Juden raus!“ empfangen und vermag nicht, mit seiner Stimme durch den Lärm zu dringen. — v. Gynern (D. Sp.) sekundiert Fabian; es komme nur auf die Abendung, nicht auf die Bestimmung an, sonst müßte mit Zustellungsurkunden einzugehen werden. Vorsteher Hoff verwahrte sich gegen die Unterstellung, als hätte etwa das Bureau seine Pflicht nicht getan oder als wären durch irgendwelche Einwirkung seinerseits die Einladungen nicht rechtzeitig ergangen. Nachdem der Einspruch von mehr als 15 anwesenden Mitgliedern erhoben sei, könne die Sitzung nicht abgehalten werden. — Damit erklärte der Vorsteher um 1/2 7 Uhr die öffentliche Sitzung für geschlossen, und die Tribünen wurden geräumt.

In der geheimen Sitzung, die gleich nach Abbruch der öffentlichen vom Vorsteher eröffnet wurde, vollzog sich dasselbe Schauspiel. Wieder stellten die Kommunisten fest, daß mehr als 15 Mitglieder des Hauses die Einladung nicht in der geschäftsmäßig vorgeschriebenen Frist erhalten hätten, und daß die Sitzung infolgedessen nicht stattfinden könne. Dann folgt das übliche lange Hin und Her, Debatte zur Geschäftsordnung. Unter großem Gelächter

empfiehlt sich Herr Dr. Leidig als besonders objektiver Beurteiler von Geschäftsordnungsfragen. Es hilft nichts, der Vorsteher schlägt die Sitzung.

Aufgeblasen.

Wenn man Ware verkaufen will, muß man die Leute davon verständigen, und um ihnen jeden Artikel legehenswert erscheinen zu lassen, bedient man sich der Reklame. Immer muß sie auf Neues sinnen, und oft geht sie tatsächlich mit dem Fortschritt Arm in Arm.

Die Großstadt ist der richtige Tummelplatz, ja nahezu Tummelplatz der Reklame. Und welche Erscheinungsformen sie annimmt, das ist für uns von Bedeutung. Sie ist, wie uns an, sie zwingt uns in ihren Bann, wir können ihr nicht entweichen. Sie blendet uns durch ihr rotes Licht, wenn wir über den regenfeuchten, schlüpfrigen Asphalt schreiten, sie hämmert uns Worte ins Gedächtnis, wenn wir auf einen Untergrundbahnzug warten, sie drängt sich uns auf, wenn wir nach einem Ringbahnzug Ausschau halten. Sie macht uns mit den größten Fortbesten bekannt. Daher sind die Bewohner einer Millionenstadt sehrig ganz anders eingestellt als die Kleinstädter, weil in der Großstadt die in der Reklame verwerbete Farbe auffällt und aus dem Gesamtbild herausfallend ist, in der Kleinstadt sie zwar auch auffallen muß, aber das Gesamtbild nicht grell zerreißen darf. In der Kleinstadt ist sie solide, in der Großstadt extravaganter. Auch hat die Reklame sich eine ganz eigenartige Formensprache angeeignet. So kann beispielsweise durch die bunten Holzfiguren der Reklame ein neuer Kunststil in die Masse dringen, die ihn ja immer und immer wieder anleihen muß, so daß sie ihr Auge auf ihn einstellt und er mithin modern wird.

Die Neuerungsflüchtiger streunden sich vor allen Dingen mit der Reklame an. Oft verwerten sie mit erstaunlichem Geschick alte Ideen. So stürzen sie sich gegenwärtig auf das Aufblasenspielen der Kinder, das man vom Rummel her kennt und das seit Jahrzehnten aus schreienden roten Würfen, grünen Gurken und bemalten Teufeln besteht. Man benutzt diese Vorlagen, nahm ihnen zwar die Gestaltungsmerkmale, ließ dafür jedoch ihre hässliche Dimensionen annehmen. Der aufgeblasene Fußball geulst jetzt über dem Eingang der Sportwarengeschäfte, Kleinfürbisse, leuchtende Gurken und Kleinfüßel schaukeln als dünnhäutige Aufgeblähenheiten zwischen den Bananen und den Apfelsinen der Strohhändler. Mit Nischenbuchstaben steht der Name irgendeiner Firma auf einem Luftballon, den Kinder laufender Mütter als Zugabe erhalten. So stehen alle diese Aufgeblähenheiten mit einemmal in unserer Zeit, und sie passen zu ihr, denn aufgeblasen, hohl, im Schwanken begriffen ist eine Gesellschaftsordnung, die wohl für sich Reklame macht und dennoch nur vorübergehend ist und darauf wartet, daß das Neue, Kräftige sie eblöst.

Der Rahards-Prozess.

Die Verhandlungen gegen den „Ehrenobermeister“ Karl Rahard und Genossen scheinen sich zu Dauererkundungen auszudehnen zu wollen. Gestern begannen die Verhandlungen bereits um 8 Uhr früh und dauerten bis in die späten Abendstunden. Als Reize wurde Ehrenobermeister Bloie aus Hannover, das frühere Mitglied des einstigen preussischen Herrenbundes und Präsident des Deutschen Handwerks- und Gewerbetammerbundes vernommen. Bloie ist als Vorsitzender der Handwerkskammer in Hannover und Vorsitzender der Wirtschaftliche und gehörte zugleich dem Aufsichtsrat der Berliner Hauptstelle für gemeinschaftliche Handwerkerleistungen an. Im Mai 1919 habe die Wirtschaftliche in Hannover rund 50 000 M. für des Daziger Geschäft bezahlt. Um die Einzelheiten des Geschäfts habe er sich nicht gekümmert, weil Karl Rahard volles Vertrauen genossen hätte. Bei den Aufsichtsrats-Sitzungen habe er sich ganz auf Generalrat Dr. Meuser verlassen. Er selbst könne sich nach 5 Jahren nicht mehr alle Einzelheiten entsinnen. Auf die Einwendung der Rechtsanwältin Dr. Rötter, Dr. Thiele und Dr. Rauenberg müßte der Zeuge Bloie zugeben, daß die einzelnen Aufsichtsratsmitglieder aus den Gewinnen, die die Hauptstelle erzielt hätte, 20 Prozent bekommen hätten, so daß daher die Hauptstelle im Laufe der Zeit nicht mehr eine rein gemeinnützige Tätigkeit entwidelt hat, sondern daß sie später auch bezweckt war, Gewinne zu er-

Die Venus von Syrafus.

Von Clara Raska.

Agaven mit hellgelben hohen Blütenstielen starrten in das tiefe Blau.

„Ja, das meine ich auch. Weiß man, wer sie ist, so erfährt man auch, wo sie wohnt.“ sagte Renzo.

Ercolo kreuzte die Arme in tiefem Behagen. „Und kennt man die Jose, so muß man auf jede Art ihr Zünglein gewinnen.“

„Sie hat einen Schatz.“ sagte Renzo seufzend.

„Einen?“

„Da steht der Pferdefuß: ja, einen!“

„Heute noch? Weißt du das so sicher?“

„Fast möcht ich's glauben. Doch ich habe mir gedacht: zu ihr geht man zuletzt. Zuerst einmal muß man erkunden, was für eine Lust um die Prinzessin herum ist. Billeid gibt es einen geraden Weg und andere, wirklich einflussreiche Leute — und vielleicht — es wäre doch möglich, daß sie selbst zu sprechen, zu erbitten wäre.“

„Nichts ist unmöglich.“ sagte Ercolo nochmals entschieden, „dennoch: ich glaube, gerade jetzt wird deine Schöne fest eingesperrt.“

„Wieso denn? Weißt du mehr als ich?“ Renzo blickte ihn gespannt an.

„Natürlich mehr!“ Ercolo wiegte sich in listig gedehntem Auskosten seiner Reuigkeit.

„Na — und, und!“

„Ja — und! Sehe ich heute Agnese oder sehe ich sie nicht? Ich muß morgen fort.“

„Gewiß siehst du sie. Ich nehme dich mit, ganz einfach. Hier vom Fleck. Den Vorwand finden wir schon. Und finden wir keinen, nun, du kommst eben mit.“

„Aber das, gerade das will ich nicht, ich will Agnese allein sehen.“

Renzo packte den lachenden Ercolo an der Schulter und schüttelte ihn. „Und wenn ich sie gebunden heranschleppen soll: du wirst sie sehen, sprechen, küssen — wenn du willst — allein, ich schwöre es! Sag, was du weißt.“

„Nun also: sie, die Principeffa, ist nicht ganz freiwillig abgereist. Der Alte mit der Talgdrüse soll kurz nach der Vorgehens in dem bekannten, hellblau ausgelegenen Wagen vorgefahren sein und deine Venus herauskomplimentiert haben; so wenigstens sagte mir die häutende Ratter.“

„Und der Junge, der Better?“

„Nun, der hatte das Glück, dem Alten zu begegnen, als er davon ritt; das erzählte mir heute früh der kleine Sohn unseres Nachbarn, der im Gestein saß und seine Augen über die Ziegen dahingehen ließ. Wer eine hellblaue Kutse hat, der ist leicht zu behalten, und ein Reitersmann wie der Conte Sisto di Branco auch.“

„Ja, wer sagte dir denn —?“ fuhr Renzo auf.

„Mein lieber Junge. Sie hat nur den einen Neffen, die gute alte Marchesa. Nach ihrer Verwandtschaft müßte ich doch sofort fragen. Die hat mir sogar der eifige Diener erklärt. Ich trug ihm seinen Korb. Alles heute früh, als du noch in ein schwarzes Loch starrtest.“

„Es kann auch ein anderer als dieser Neffe gewesen sein.“

„Möglich.“ meinte Ercolo gleichmütig. „Jedenfalls war der junge Mann im Hintergrund des Zimmers ganz gewiß er, der einzige — ähnlich wie bei deiner Bianca —, denn umsonst kommt keine himmelblaue Kutse. Und ich weiß auch noch ein wenig mehr.“ Jetzt legte sich Ercolo lang auf die Stufen der kleinen Barockkirche, auf der die beiden bisher nebeneinander gesessen hatten.

Renzo packte ihn im Genid.

„Das bedarf der Ruhe.“ sagte Ercolo.

„Ruhe, Ruhe!“ Renzo stieg das Blut zu Kopfe.

„Ja, natürlich, denn es will überlegt sein.“

„Was will überlegt sein?“

„Der Weg, den sie einschlugen — zusammen mit den Worten, die ich aus den anderen herauspreßte.“ Er sah Renzo vergnügt blinzeln an. „Es ist nämlich so, daß sie in die Niederung des Troinaflusses fuhren, also zum Inneren des Landes hin. Und was bedeutet das?“ Ercolo richtete sich auf und legte seinen Arm um Renzo. „Das bedeutet: deine Venus wohnt näher zu uns als zu Taormina, und wenn du flug bist, so fährst du mit dem leichten Gepäck, Niccolò und mir, morgen in der Frühe ab, kommst zu Mütterchen Rosina — ich sage dir, sie ist eine Seele von einem Weib, koste die Lederfelle Minestra weit und breit und schickt noch Gebratenes hinterher —, und wenn du erst bei Mutter Rosina bist und hast Niccolò als Spürhund und mich als Helfer, dann müßte es schon mit dem Teufel zugehen, wenn wir nicht in kurzer Zeit wüßten, wo die hübsche Bianca ihrer Herrin die Salben reibt. Schließlich ist Sizilien ja groß, aber doch nicht so groß, daß man einen allen, häßlichen Principe di San Cataldo nicht herausfinden würde. Und hier —“

„Rein, hier erreiche ich nichts mehr.“ sagte Renzo, Ercolo

unterbrach. Er zog seine Stirne fraus und starrte vor sich hin. „Es ist schon wahr.“ hub er nachdenklich an, „drei können mehr als einer, und wenn wir uns schnell auf den Weg machen, können wir überall von ungefähr fragen, wer am Osterfest vorbeifuhr. So etwas behält man doch. Alle sitzen vor der Tür, alle sprechen über dies und das. Die Kutse haben sie ganz gewiß gesehen.“

„Nun also! Habe ich wenig gebracht oder viel?“ Ercolo erhob sich und dehnte seine Glieder. Unten spannte die Sonne in leisem Zucken über dem Meer. Er schaute in die Weite, mit seinen ganzen Sinnen der köstlichen Wärme und den starken Farben hingeeben.

„Mehr als ich hoffte! Und zwei Dinge stehen fest: heute abend siehst du Agnese und morgen früh geht es fort.“

„Also abgemacht!“ Sie schlugen einander kräftig in die Hände.

Ercolo schlenderte nach Hause, Renzo bog in den Weg ein, der zum griechisch-römischen Theater führte.

Einmal noch, ehe er die Heimat verließ, ehe er alle Kräfte dem einen Ziele zuwandte, wollte er dort sitzen und träumen, wollte den Aetna, Meer und Himmel sehen, diesen gewaltigen Hintergrund, vor dem die Griechen, zwischen wenigen Säulen stehend, ihre Spiele den begeisterten und kultivierten Zuschauern schenken — die spätere Arena, in der dann die Römer Gladiatoren mit wilden Tieren kämpfen ließen.

Und rings um dieses hoch hinaus getriebene Vorgebirge, diesen grandiosen Sockel des Theaters, wollte er gehen, dort, wo einst die froh Bemessenden wanderten, disputierend, sich erfrischend, ganz wie im Theater zu Palermo, nur daß hier unendliche, weit ausgebreitete Schönheit die Seele öffnete, die man in den Städten in enges Gemäuer einjagte.

Und während Renzo wanderte, immer höher, bis zur obersten Rampe, zum äußersten Ring, kam keinem Herzen der stolze Gedanke: dort, zwischen den Säulen, dort wo die Griechen standen, sollte auch keine Göttin stehen.

Dort — und in Neapel — vielleicht gar in Rom!

Zwei Wochen später sahen die drei jungen Leute unter dem Säulengang eines maligen roten Padisipules. Vor Zeiten hatte hier wohl ein großer Herr gewohnt, heute gehörte es irgendeinem Fruchthändler in Palermo, der die ausgebreiteten Orangen- und Limonenhaine von Mütterchen Rosina bebauen ließ.

(Fortsetzung folgt.)

zielen. Erörtert wurde sodann vom Gericht die Frage des sogenannten „Dispositionsfonds“, der, wie Karl Rahardt selbst zugab, ihm vom Aufsichtsrat der Hauptstelle zur Verfügung gestellt worden war, um notleidende Handwerker zu unterstützen. Es wird Rahardt zur Last gelegt, daß er auch diese Gelder seinem Sohne Erich nach Danzig überwiesen habe. Der Angeklagte Karl Rahardt behauptet, daß er die Geldzahlungen an notleidende Handwerker zunächst aus der eigenen Tasche verauslagt habe. Wenn er seinem Sohne Gelder aus dem Dispositionsfonds überwiesen habe, so liege es in rechnungsmäßiger Berechnung seiner Erfahrungsprüfung. Die weiteren Verhandlungen drehten sich darum, aufzuklären, was bisher immer noch nicht gelungen ist, aus welchen Quellen die von Karl Rahardt nach Danzig an seinen Sohn geleisteten Zahlungen herrühren, ob aus dem Kredit der Dresdener Bank oder aus Vorläufen der Wirtschaftsstellen des Handwerks oder aus dem Vermögen der Hauptstelle. Die Verhandlungen werden am Donnerstag fortgesetzt werden.

Der Tanz um die Steuer.

Das Celly-de-Rheidi-Ballett und das Finanzamt.

Ein grober Fall von Steuerhinterziehung unterlag dem Schöffengericht Mitte zur Aburteilung. Angeklagt waren der bisherige Leiter des Celly-de-Rheidi-Balletts, Oberleutnant a. D. Seweloh, der jetzt mit seiner Ehefrau, der Tänzerin Celly de Rheidi, in Scheidung lebt und ein gleichnamiges Konkurrenzunternehmen veranstaltete.

Seweloh wird beschuldigt, seit Jahren seinen Steuerpflichtigkeiten aus dem Wege gegangen zu sein, er soll weder zum Reichsnotar noch zur Zwangsanzahlung und zu allen anderen Steueranforderungen geleistet haben. Auch alle Vermögenssteuererklärungen hat er trotz wiederholter Aufforderung unkenntlich gelassen. Die Steuerbehörde sah sich infolgedessen zu einer Einschätzung gezwungen, aber auch dann hat der Angeklagte nicht gezahlt, und es mußten mehrfach Vollstreckungsversuche unternommen werden, die aber ergebnislos blieben. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Berliner vertritt die Ansicht, daß das Celly-de-Rheidi-Ballett von 1919 ab große Reingewinne gehabt habe, denn das Ehepaar Seweloh habe auf größtem Fuße gelebt, immer in den ersten Hotels gewohnt und großen Luxus getrieben. Der Angeklagte habe jetzt noch eine Steuerschuld von 2500 Goldmark. Gegen eine derartig laze Auffassung der Staatsbürgerlichen Pflichten müsse einmal ein Exempel statuiert werden. Hier liege eine Rücksichtslosigkeit ohne Gleichen vor. Er beantrage, gegen Seweloh auf eine Strafe von 18000 Goldmark zu erkennen, an deren Stelle bei Nichtzahlung für je 100 M. ein Tag Gefängnis zu treten habe. Damit das Urteil abschreckend wirke, beantrage er auch dessen Veröffentlichung in den Tageszeitungen und an den Anschlagtafeln. Ein Vertreter des Finanzamtes bezeichnete den Fall Seweloh als einen der trassierten Fälle der Steuerhinterziehung. Der Angeklagte habe ein sehr hohes Einkommen gehabt und keine Steuern gezahlt. Bezeichnend für seine Steuerhinterziehung sei es, daß die Gemeinde sogar die Lustbarkeitssteuer an der Kasse pfordern mußte. Der Angeklagte Seweloh bestritt, daß er ein hohes Einkommen gehabt habe und einen besonderen Aufwand getrieben habe. Der Luxus solle allein zu Lasten seiner Ehefrau, von der er sich jetzt auch deshalb getrennt habe. In deren Händen seien alle Einnahmen verfloßen. Das Schöffengericht unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Heingel kam zu der Ansicht, daß der Angeklagte absichtlich und zu seinem Vorteil gehandelt habe. Es liege eine grobe Steuerhinterziehung vor. Seweloh wurde wegen Steuerhinterziehung in neun Fällen zu einer Gesamtstrafe von 5400 Goldmark bzw. für je 100 M. zu einem Tag Gefängnis bei nicht Bezahlung der Strafe verurteilt. Das Gericht beschloß auch die öffentliche Bekanntmachung des Urteils, überließ jedoch die Art der Ausführung dieser Veröffentlichung den Finanzbehörden.

Handschuh und Stod.

Wie sich in orientierten Häuptern der Behörde die von Staatswegen gepredigte Sparsamkeit auswirkt, zeigt folgender Vorgang:

Ein Kriegsschadigter, mit 70 Proz. Erwerbsverminderung anerkannt, beantragt im Winter die Bewahrung von Winterhandschuhen. Die Verlorungsstelle teilt mit, daß der Nacharzt nach Untersuchung den Anspruch für ungerechtfertigt hält, da der Beschädigte nicht auf den Gebrauch von zwei Stöcken (?) angewiesen sei. Zunächst blieb rätselhaft, wie der Nacharzt bei der Frau des Beschädigten, die den Antrag gestellt hat, durch Untersuchung feststellte, daß der Ehemann nicht auf den Gebrauch von zwei Stöcken angewiesen sei. Auf Grund der Ablehnung wurde das Berufungsverfahren eingeleitet. Der Termin, der über Winterhandschuhe zu befinden hatte, fand im Sommermonat Juni statt. Hier erklärte der anwesende Gerichtsarzt den Anspruch für gerechtfertigt. Das Streitobjekt beträgt im Höchstfalle 3,50 M. Das Verfahren einschließlich des zugehörigen Gerichtsarztes kostet soviel, daß der Kläger über 10 Winter hinaus mit Winterhandschuhen hätte versorgt werden können. Aber nicht genug damit, das Urteil ergibt dahin, daß der Termin verlagert wurde, — es soll Beweis erhoben werden beim Arbeitgeber, ob der Kläger im Winter auf den Gebrauch von zwei Stöcken angewiesen ist.

Der Mann kriegt also vielleicht ordnungsgemäß seine Winterhandschuhe — im August, in welchem Monat man bekanntlich in unserem Klima die Häufigkeit am nötigsten braucht. Die Frage nach den Stöcken scheint mit den Handschuhen wohl insofern zusammenzuhängen, als der Mann, wenn er nur einen Stod trägt, auch nur einen Handschuh braucht.

Also, wenn schon gepart wird, dann aber richtig.

Vom städtischen Fleischverkauf.

Uns wird geschrieben:

Die städtischen Fleischverkaufsstellen wurden bestimmungsgemäß errichtet, um preisregulierend zu wirken. Preisregulierend wirken, heißt aber auch, sich der Konjunktur anpassen. Zur Zeit der neuen Gemüse wird nur in geringem Umfange Rindfleisch verlangt, in der Hauptphase Hammelfleisch. Trotzdem die Rindfleischhandlung städtischen Fleischständen ständig Hammelfleisch verlangt und die Fleischhändler bei der städtischen Fleischstelle schon darauf hingewiesen haben, kann man sich dort zu einer Umstellung nicht bequemen. Der „Erfolg“ ist der, daß man sich sein Rindfleisch dort holt, wo man sein Hammelfleisch erhält, auch wenn man für das Rindfleisch schließlich mehr bezahlen muß, wie bei der Stadt. Es wäre Zeit, daß sich die städtische Fleischstelle mehr nach den Bedürfnissen der Verbraucher richtete, wie nach bürokratischen Gepflogenheiten: Nur immer recht gemäßlich bei der „altbewährten“ Sache bleiben. So was erspart wenigstens Aufregung. Man scheint bei der städtischen Fleischstelle der Auffassung zu sein, die Verbraucher seien ihrethalben da.

Briefzentur auf eigene Faust.

Durch Trunkucht ist ein Postbote T. aus der Beuffelstraße zum Verbrecher geworden. Er war auf dem Postamt 87 beschäftigt und hatte in dem Bezirk Lie-Wardenberg-Straße—Hansauer Briefe u. a. auszutragen. In den vergangenen drei Monaten war es aufgefallen, daß aus diesem Briefbezirk sich die Reklamationen häuften. Es wurde eine verstärkte Kontrolle eingerichtet und bald erwiderte man in T. den Ungetreuen. Die Briefe, die ihm zum Ausstragen anvertraut wurden, untersuchte er teilweise auf ihren Inhalt. Die Briefe schloß er dann wieder und lieferte sie ab oder vernichtete sie und schickte die Unterschriften, wenn es eingeschriebene Briefe waren. Scheuß, die er dabei gefunden hatte, gab er dann in Lokalen in Zahlung, ohne sie vorher gerieren zu lassen. Die Gastwirte gaben

sie auch wieder so weiter, und so fand die Kriminalpolizei die Scheuß schon in dritter oder vierter Hand. Daher ist es auch sehr schwierig, den ganzen Umfang der Betrügereien festzustellen. Beschädigte aus dem genannten Briefbezirk können sich bei der Kriminalpostdienststelle oder bei dem zuständigen Referenten Postrat Harder in der Königsr. 61 melden.

Ein Mördertrio.

Die Raubmorde bei Landsberg a. W. vor dem Schwurgericht.

Heute beginnt vor dem Schwurgericht in Landsberg a. W. die Verhandlung gegen ein Berliner Raubmördertrio, dessen Bluttaten in den Jahren 1920/21 die Umgegend von Landsberg a. W. lange Zeit in Aufregung und Schrecken hielten. Ein Räuberbande hatte die Landorte schon seit langem unsicher gemacht und die Einwohnerschaft hatte Sicherungsmaßnahmen gegen Überfälle getroffen. Trotdem wurde im April 1920 das Haus des als reich geltenden Viehhändlers Heese in Bürgerbruch der Schauland einer entsetzlichen Bluttat. Als Heese am 28. April mit seinen Töchtern im Schlaf lag, wurde er durch ein Geräusch emporgeschreckt, und es standen drei Männer mit Masken vor den Gesichtern vor ihm. Zwei von ihnen hatten geladene Pistolen in der Hand und der dritte einen Dolch und einen Strick. Sie verlangten drohend von Heese sein Geld. Als Heese nach einer Eijenslange greifen wollte, wurde er durch einen Revolverstoß zu Boden gestreckt und war sofort tot. Die Töchter wurden durch Drohungen am Schreien gehindert. Die Räuber durchwühlten die ganze Wohnung, fanden aber nur sehr wenig, worauf sie flüchteten. Kaum hatte sich die Aufregung über diese Mordtat etwas gelegt, als in nächster Nähe schon wieder eine neue Bluttat verübt wurde, diesmal ein doppelter Frauenmord. Auf der Landstraße wurde die Frau und die Schwester des Besitzers Ruchra, die ein Fuhrwerk benutzten, als Leichen auf dem Gehsteig aufgefunden. Die beiden Frauen waren von hinten durch Schüsse getötet, beraubt und auch geschändet worden. Lange Zeit war es nicht möglich, den Tätern auf die Spur zu kommen, bis ein Zufall der Kriminalpolizei zu Hilfe kam. Der in der Kopenhagener Straße in Berlin wohnhafte Arbeiter Richard Glanz hatte einem Trödler einen alten Anzug verkauft. Hinterher fand der Trödler in einer Tasche des Anzuges einen Zettel der Ehefrau des G., in dem diese ihm drohte, daß sie Schluß machen werde, wenn er sie weiter so schlecht behandle, er selbst würde dann aber einen Kopflücker gemacht werden, weil sie seine Verbrechen vorher zur Anzeige bringen würde. Durch die Beobachtung des Glanz wurde festgestellt, daß er im engen Verkehr mit dem 25 Jahre alten Diener Willi Soof stand und daß beide zur Zeit der Bluttaten häufig nach Landsberg zum Zweck des Schleifhandels gefahren waren. Als der dritte im Bunde wurde dann der 21jährige aus Plog stammende Arbeiter Richard Schulz aus der Köpffstraße in Reinickendorf-Ost ermittelt und festgenommen. Gegen Schulz besteht auch der Verdacht, daß er im Jahre 1919 in der Tschepelowskistraße einen Gendarmen ermordet hat, jedoch sind hierüber die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen. Es besteht weiter der Verdacht, daß die drei Verbrecher auch die Hand im Spiele haben bei dem Raubmord an dem Invaliden Schröder, der um dieselbe Zeit in Jangin bei Landsberg ermordet wurde. Wegen dieser Mordtat ist bereits der Besitzersohn Beske zum Tode verurteilt worden. Es besteht jedoch der dringende Verdacht, daß auch die jetzigen Angeklagten an dieser Tat nicht unbeteiligt sind. Glanz, Soof und Schulz haben sich jetzt wegen dreifachen Raubmordes vor den Geschworenen zu verantworten.

Eine Gaunerin.

Sie versteht es, gut zu leben.

Eine der geriebenen Schwindlerinnen, die die Kriminalchronik kennt, ist nach schwedischer freimüßiger Pause, die sie auf anderer Leute Kosten zu ihrer Erholung benutzte, mit einem alten Trick wieder eifrig an der Arbeit. Eine 40jährige frühere Maschinenschreiberin Rosa Jaremba, die fertig englisch und französisch spricht, treibt seit Jahre und Tag unter den verschiedensten Namen mit Erfolg Schwindereien. Ihre 15 Jahre alte Tochter Edith, die sie so kleidet, daß sie wie ein zehnjähriges Kind aussieht, hat sie darauf abgerichtet, daß sie die Mutter durch scheinbar kindliche Zwischenbemerkungen sehr geschickt unterstützt.

Die Gaunerin erzählt überall wo sie auftritt, daß ihr im Eisenbahnzug die Handtasche mit ihrer Brieftasche gestohlen worden sei, bittet gegen Verpfändung von Schmuckstücken, die sich später als wertlos erweisen, um ein Darlehen, um weiterreisen zu können. Nachdem sie eine Anzahl von Städten mit ihren Schwindereien „beglückt“ hatte, lebte sie in einem ostpreussischen Städtchen mit ihrer Tochter unter dem Namen einer Frau „Raddah“, die aus Polen vertrieben worden sei. Der vermeintliche Flüchtling wurde von einer Wohlfahrtsstelle freundlichst aufgenommen, erhielt eine erhebliche Unterstützung in barem Gelde und konnte davon einweilen sorgenlos leben. Nach Verbrauch des Geldes begann die Schwindlerin von neuem ihr altes Treiben. In Stettin trat sie als „Frau Senator Petersen aus Hamburg“ auf und erhielt auf diesen bekannten Namen hin das erbetene Darlehen ohne weiteres, auch ohne Unterpfand. In Hamburg spielte sie die Frau eines Rechtsanwaltes aus Berlin. In Hamburg oder irgendwo anders muß sie nun die Verhältnisse und die Verbindungen der Firma Wix und Vnt n Danzig so genau ausgekostet haben, daß sie jetzt diese Kenntnisse für ihre Schwindereien ausbeuten kann. Sie erschien vor einigen Tagen in einer großen Lebensmittelfabrik im Südosten Berlins als „Frau Direktor Vnt geborene Lautenberger“ aus Danzig. Sie berief sich darauf, daß ihr Mann einer der Direktoren des Betriebes in Bad Hilsburg kennen gelernt habe und bat, da sie augenblicklich in Geldverlegenheit sei, um ein Darlehen. Eine „silberne“ Uhr wurde zwar als unecht erkannt, aber trotzdem in Pfand genommen, weil man annahm, daß die Frau Direktor selbst nicht wisse, daß sie unecht sei. Die durchtriebene Schwindlerin war vor 1½ Jahren schon einmal festgenommen, spielte aber solange ein Wagenleiden vor, bis sie als hastunfähig entlassen wurde. Seitdem wird sie vergeblich gesucht. Mitteilungen, die dazu dienen können, sie endlich unerschöpflich zu machen, nimmt Kriminalkommissar Brebed im Polizeipräsidium entgegen.

Beiratsbildungsausschuß. Karten für das Deutsche Opernhaus (gute Plätze zu mäßigen Preisen) Sonnabend, den 28. „Garten“, Sonntag, den 29. Juni: „Die Hauberköte“. Letzte Vorstellungen in dieser Spielzeit. Am Bureau des Beiratsbildungsausschusses, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Tr.

Das Rundfunkprogramm.

Mittwoch, den 25. Juni.
Tageszeitung. Vormittags 10 Uhr: Nachrichtendienst. Bekanntgabe der Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. Nachm. 12.15 Uhr: Vordörse. Nachm. 12.55 Uhr: Ueberrmittlung des Zeitzeichens. Nachm. 1.05 Uhr: Nachrichtendienst. Nachm. 2.15 Uhr: Börsenbericht.
5.30—7 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Funkkapelle).
7.30 Uhr abends: Vortrag der Frau Ida Orloff: „Unwahrscheinliche Geschichten“. 8 Uhr abends: Vortrag des Herrn Dr. Boellert, Press. Kultusminister. 9—11 Uhr abends: Blasorchester. Dirigent: Kapellmeister Karl Witschach. 1. In Reih und Glied, Marsch (K. Weitschach). 2. Ouvertüre zu „Zampa“, von Herold. 3. „Die Mühle im Schwarzwald“, Charakterstück, von Eilenberg. 4. Barcarole, Walzer über Themen aus „Hoffmanns Erzählungen“, von O. Petras. 5. Lindenmarsch, aus „Drunter und Drüber“, von W. Kollo. Während der Pause: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Wetterdienst, Sportnachrichten. 6. Fantasia aus „Margarete“, von Ch. Gounod. 7. Hochzeitsständchen, von Klose. 8. Ballerinen, Walzer aus „Die lustige Witwe“, von Lohar. 9. Am Meer, Lied, von Schubert. 10. Soldatenblut, Marsch, von Fr. v. Blon.

Ermäßigung der städtischen Vergnügungssteuer.

Um die Beherbergungssteuer.

Nachdem vor einiger Zeit infolge der jetzigen schwierigen Wirtschaftslage der beteiligten Unternehmer die Vergnügungssteuer für die Sprechtheater und Lichtbildbühnen für die Sommermonate herabgesetzt werden mußte, beschäftigte sich die städtische Finanz- und Steuerdeputation erneut mit den Anträgen der beteiligten Organisationen auf Ermäßigung der Vergnügungssteuer für Varietés, Kabarets, Kaffeehaus- und Gartenkonzerte, Tanzveranstaltungen usw. Vertreter des Variété-Direktorenverbandes, der Lokalkommission und des Vereins der Saalbesitzer trugen der Deputation persönlich ihre Wünsche vor. Die allgemeine Wirtschaftslage hat einen geringeren Besuch der Vergnügungstätten aller Art und auch eine Einschränkung des einzelnen im Konsum zur Folge, so daß die städtische Vergnügungssteuer jetzt besonders drückend wirkt. Dazu kämen aber noch die unerhöht hohen Verwaltungsgebühren, die auf Grund der Gebührenordnung des Ministers des Innern von den Polizeiamttern für die Genehmigung der einzelnen Veranstaltungen erhoben werden, und die oft weit über die städtische Vergnügungssteuer hinausgehen. Nach eingehenden Verhandlungen hat die Deputation einer Herabsetzung der Steuer für die Sommermonate zugestimmt, und zwar für die Variététheater mit fester Bestuhlung von 20 auf 10 Proz. der Bruttoeinnahme, für Varietés und Kabarets mit Konsum von 30 bzw. 33½ Proz. auf 20 Proz., jedoch unter Beibehaltung der bisherigen Mindeststeuererträge. Für die Wein- und Kaffeehaus- und Lustanstalten wurden die Mindeststeuererträge für die Abführung der Raumsteuer von 1 bis 250 M. auf 30 Pf. bis 1 M. ermäßigt. Bei Kaffeehaus- und Gartenkonzerten, öffentlichen Tanzveranstaltungen und Vereinsfestlichkeiten wurde zwar der jetzige Steuerertrag von 20 Proz. beibehalten, jedoch zugestimmt, daß es bei den augenblicklich noch geltenden Mindeststeuererträgen von 5 Pf. vorläufig verbleibt und daß die höheren Mindestsätze nach dem neuen Nachtrage der Vergnügungssteuerordnung erst in Kraft gesetzt werden, nachdem die Deputation über den Zeitpunkt Beschluß gefaßt hat.

Am Anschließ wurden die Vertreter der Organisationen der Berliner Hotels und der Fremdenbeiräte zur Frage der Beherbergungssteuer gehört. Sie beantragten eine völlige Befreiung der Beherbergungssteuer. Die Deputation beschloß für die Sommermonate eine Ermäßigung der Beherbergungssteuer eintreten zu lassen. Da über die Höhe der Ermäßigung eine Einigung nicht erzielt werden konnte, wird der Magistrat in seiner nächsten Sitzung endgültig über die Frage entscheiden.

Schlafwagen-Ersatz.

Für Fremdwörter hat der Deutsche ja bekanntlich immer eine große Vorliebe gehabt, namentlich aber standen sie seit jeher hoch im Kurs bei denjenigen, auf die das bekannte und boshafte Wort paßt: „Man soll Fremdwörter vermeiden, weil man nie wissen kann, was sie bedeuten“. Kein Wunder also, daß eine Berliner Gesellschaft ebenfalls ein Fremdwort, und noch ein spanisches dazu, als Auskangelschild für ihr Unternehmen gewählt hat. Auf den Berliner Fernbahnhöfen kann man seit einiger Zeit neben der roten Mütze des diensttuenden Stationsbeamten und den schwarzen Mützen der anderen Eisenbahnbeamten und Arbeiter kurz vor Ankunft oder Abfahrt eines Fernzuges in den Abendstunden große grüne Mützen sehen, die hoch sind wie die Töpfe. Sie sitzen auf den Köpfen der jungen Menschen, die Angestellte der oben erwähnten Gesellschaft sind und die auf großen vieradrigen Wagen tadellos weiß bezogene Kopskissen den Reisenden anbieten, die sehr praktisch sind und eine Nachsicht auf dem harten Holz der Wagen dritter Klasse behaglicher und bequemer gestalten. Diese Kissen werden gegen mäßige Gebühren und Pfand verliehen und nach Beendigung der Fahrt wieder abverlangt, und die Reisenden, die sich keinen Schlafwagen leisten können, machen viel Gebrauch von dieser praktischen Einrichtung. Die Gesellschaft aber, die diese schönen Sachen erfunden hat, benamst ihre Institution mit dem spanischen Fremdwort Sista. Dieses Wort bedeutet nun allerdings Mittagsruhe, aber so genau kommt es ja nicht darauf an. Für die jungen Menschen mit den hohen grünen Mützen freilich hat es so seine Gefahren. Sie rufen nämlich, um die Reisenden aufmerksam zu machen und sie zum Gebrauch zu veranlassen, ihre Kopskissen aus, und dabei rufen sie stolz: „Sista gefällig! Sista gefällig!“ Manchmal jedoch ist einer dieser Jünglinge durchaus auf der Höhe, er hat das e hinter dem i im Wort wohl bemerkt und spricht, wenn er das Wort ausruft, das i pflichtschuldigst lang und gedehnt. Und die Reisenden haben sich ebenfalls bereits an diese Aussprache gewöhnt und verlangen eine Sista.

Häuser aus Sand und Schlacke.

Die Ambiwerte hatten gestern die Berliner Presse zur Beschäftigung von fertigen und halbfertigen Siedlungshäusern nach Johannisthal geladen. Zwölf freundliche Zweifamilienhäuser sind dort nach der Ambibaumweise errichtet. Die Bewohner behaupten, daß sie sich hier sehr wohl fühlen. Eine Zentralheizung, die mitten in der Siedlung steht, versorgt im Winter sämtliche Wohnräume mit Wärme und gestattet mit einem täglichen Brennstoffverbrauch von 15 bis 18 Zentnern auszukommen. Wer glücklicher Besitzer eines Baugeländes ist, kann bei Anwendung der Ambibaumweise aus dem sonstigen Boden der Markt seinen eigenen Baustoff gewinnen. Der feine Sand wird mit Schlacke vermischt, mit Zement gebunden und das Ganze mit Wasser vermischt. Dieses Gemisch wird in eiserne Winkelformen hineingepumpt. Eine einzelne Formenreihe bringt nach jedem Stampfung 30 Winkelsteine. Die Formen können natürlich immer wieder von neuem benutzt werden. Zwei Mann können täglich etwa 360 Steine, die für 27 Quadratmeter Fläche ausreichen, herstellen. 200 Quadratmeter Steine werden für ein mittleres Siedlungshaus gebraucht, so daß der zu einem Hause gehörige Baustoff in etwa 7 Tagen hergestellt ist. Die Steine bleiben zunächst zwei Tage auf der Holzunterlage, auf der sie gepumpt werden, liegen. Dann werden sie noch weitere 14 Tage lang an anderer Stelle aufgestapelt und sind dann für den Bau brauchbar. Die Ambibaumwand wird nun aus diesen Winkelsteinen, die 5 Zentimeter Stärke haben, in der Weise hergestellt, daß zwischen der äußeren und der inneren Wand ein Zwischenraum bleibt, der mit Schlackenzement ausgefüllt wird, so daß jede Wand eine Gesamtdicke von 23 bis 30 Zentimeter hat. Infolge dieser Schlackenfütterung ist die Heizung leicht zu bewerkstelligen. Bemerkenswert ist, daß die Winkelformen von den Werken nicht nur verkauft, sondern auch verliehen werden. Ein Rundgang durch die Ambiwerte, die sich mit ihren verschiedenen Abteilungen auf dem Gelände des Flugplatzes Johannisthal, der den Werken gehört, befindet, schloß die Presseführung.

Das endgültige Ergebnis der Elternbeiratswahlen.

Von den Elternbeiratswahlen an den Grob-Berliner Schulen liegt nunmehr das endgültige Ergebnis vor. Danach sind gewählt: 4197 Vertreter der christlich-unpolitischen, 884 der Liste „Schulbau“, 166 der kommunistischen und 1 Vertreter der Lehrereinsliste. Nicht mitgerechnet sind hierbei die Ergebnisse in 60 katholischen Lehranstalten und an 20 weltlichen Samschulen.

Kinobrand. Aus unbekanntem Gründen brach im Vorführungsraum des Kinos in der Weichselstraße 26 Feuer aus. Die Lichter-berger und die Berliner Wehr war in kurzer Zeit zur Stelle, brauchte aber nicht in Tätigkeit zu treten, da das Feuer inzwischen von Angestellten gelöscht werden konnte. Die Räume des Kinos vollzog sich ohne Zwischenfälle. Der Vorführungsraum brannte aus. Der Vorführer Mugsburg erlitt Brandwunden am linken Unterarm.

Gegen Faschismus und völkische Mordheke.

Walther Rathenau zum Gedenken.

Pflicht eines jeden Republikaners ist es, wach und auf den Schanzen zu sein. Es gilt, die große Gefahr zu erkennen, welche der Republik von der Reaktion droht. Es gilt, alle Kräfte anzubieten, damit jene Kreise, denen jedes Mittel recht ist, um die Männer der Republik aus dem Wege zu räumen und die Republik zu beseitigen, nicht die Oberhand gewinnen. Unter dem doppelten Zeichen, gegen die faschistische Propaganda energisch zu protestieren und um Walther Rathenau zu gedenken, jenes Mannes, der zwar nicht Sozialdemokrat war, aber als aufrichter Republikaner das Beste für die Republik gewollt hat, standen die drei großen Versammlungen der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei, die gestern abend stattfanden und einen Massenbesuch aufwiesen.

In dem Riesensaal der Neuen Welt in der Hafengegend sprach **Philipp Scheidemann.**

Der große Saal war gedrückt voll und auch die weite Galerie, die sich um den ganzen Saal zieht, stand voll Kopf an Kopf. Als Genosse Scheidemann kurz nach 7 Uhr den Saal betrat, wurde er von der überaus zahlreichen Versammlung mit lautem Händeklatschen begrüßt. Genosse Künstler eröffnete die Versammlung mit dem Hinweis auf den stuhmwürdigen Mord an dem italienischen Genossen Matteotti. Die Versammlung begleitete seine eindrucksvollen Worte mit lautem Zurufen und erhob sich zu Ehren des Gemordeten von ihren Plätzen. Als dann der Genosse Künstler dem Genossen Scheidemann das Wort zu seinen Ausführungen erteilte,

In den Spitzersälen referierte der ehemalige bayerische Landtagsabgeordnete

Genosse Nietisch.

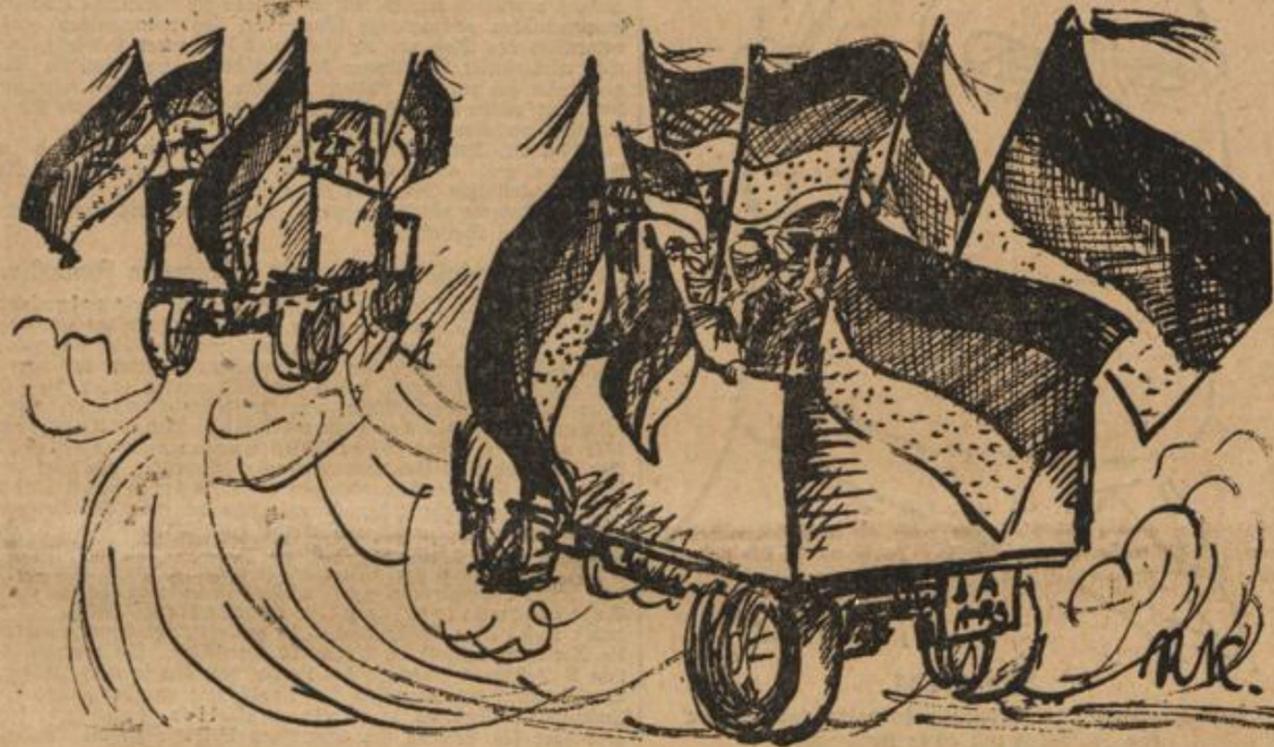
Er konnte aus eigener Anschauung über die Bayerisch-Münchener Mörderzentrale berichten und fand für seine Ausführungen die vollste Aufmerksamkeit der Versammlung. Der Redner führte aus: Die deutsche Arbeiterbewegung ist ihrem Wesen nach demokratisch und die Demokratie hat Ehrfurcht vor dem Leben. Der Krieg zerstörte aber diese Ehrfurcht, er erhob die Handgranate zum Argument gegen gegnerische Ueberzeugungen. Die Reaktion schöpfte angesichts der

Großmut der Novemberdemokratie

neue Hoffnung, die sich bis zur Rebellion gegen die Staatsgewalt steigerte. Die konterrevolutionären Bünde wurden besonders von Bayern aus in ihren Machenschaften unterstützt, wobei die Staatsstreitkräfte Rahr und Böhmer sich sogar der Staatsmaschine bedienen konnten. Der bayerische Separatismus gab allen Staatsverbrechen eine Freistadt, die Schmierindustrie gab das Geld dazu und wenn es ausländische Währung war, nahmen es diese „Deutschen“ um so lieber. So konnte gegen alle Republikaner

die Mordheke

hemmunglos gedeihen. Der bayerische Ministerpräsident Eisner war das erste Opfer, und wenn damals noch die Mordheke ihre Hände in Unschuld wuschen konnten, ist heute der Meuchelmörder Arco der erklärte Nationalheld. Die Morde an Garais und Vandauer folgten. Es ist interessant, festzustellen, daß die Mörder dieser deutschen Freiheitstämpfer ebenso eine amtliche



erhob sich, wie ja nicht anders zu erwarten war, der Kadaver der im Saale anwesenden Kommunisten. Als er immer härter wurde mit der unverkennbaren Absicht, die Versammlung unmöglich zu machen, griffen unsere Saalordner mit erfreulicher und erfrischender Tapferkeit ein und beforderten die kommunistischen Ränder und Maulhelden an die frische Luft. Und nun nahm Genosse Scheidemann das Wort zu seiner überaus eindrucksvollen Rede. Am Anfang mußte er den Berlinern ein bitteres Wort, aber ein wahres Wort sagen. Er tief aus: „Berliner Genossen, ich verstehe Euch nicht, daß Ihr derartigen Unfug von Seiten der Kommunisten immer noch duldet. Ich bewundere Eure Lammesgebild. In anderen Städten wären derartige Szenen heute nicht mehr möglich. Die Republik,“ so sagte Scheidemann, „führt ein Schattendasein. Sie liegt am Boden infolge der unglückseligen politischen Zerissenheit. Und doch hat gerade Deutschland eine einheitliche Arbeiterpartei notwendig. Walther Rathenau, der zwar kein Sozialdemokrat war, aber der wußte, was der Republik not tat, der durch seine Klugheit und durch seine Tapferkeit unmittelbar nach der Revolution verlor, das Volk vor dem Verhungern zu bewahren, ist der völkischen Mordlust zum Opfer gefallen. Denken wir an ihn, so erneuert sich vor unseren Augen das ganze Glied der Republik. Wir hatten ja keine Revolution in Schönheit, sondern nur den schüchternen Versuch,

Unterstützung erfahren, wie die Mörder des italienischen Genossen Matteotti. Die Außenpolitik Rathenaus ließ die deutschen Nationalisten befürchten, daß die unausbleiblichen Erfolge dieser glänzenden Politik den Aufstieg Deutschlands fördern könnten, wodurch ihnen ihre Agitationsgrundlagen entzogen worden wären. Rathenau mußte fallen.

Gegenüber dieser vergifteten Atmosphäre verlagte die deutsche Justiz vollkommen.

Sie begnügte sich mit einer oberflächlichen Beurteilung der Meuchler, ohne die ganzen inneren Zusammenhänge aufzudecken. Jeder linksstehende Verbrecher wurde im Durchschnitt mit 15 Jahren Gefängnis bestraft, während Rechtsmeuchelmörder mit 2 Monaten davonkamen. Diese Justizmorde begünstigten das Vorgehen völkischer Mordbünde. In neuester Zeit wird eine infame Heke gegen unseren Genossen Breitscheid getrieben, der das Werk der Böllereiförderung betreibt. Es ist fast, als könnte sich das deutsche Volk nicht einmal zu der Protestbewegung des italienischen Volkes aufrufen, das gegen die faschistische Meuchelmörder eine Staatsbewegung entfaltet hat. Unser Schweigen ist fast Zustimmung. Sorgen wir dafür, daß Deutschland wieder ein Land der politischen Sitten und der Gerechtigkeit wird; die Pest nationalstiller Morde muß durch den Willen aller Republikaner verschwinden. Der Kopf eines klugen Republikaners muß mehr wert sein als die Handgranate, die gegen ihn geschleudert wurde. Vereinen wir uns, das Konstrum der monarchisch-völkischen Ungeheuerlichkeit zu beseitigen. — Reichler Beifall lohnte den Referenten. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen. Mit einem Hoch auf die Republik schloß die Versammlung.

Aus den öffentlichen Vororten strömten die Massen der arbeitenden Bevölkerung zur Protestkundgebung nach Oberschöneweide. Der große Garten von Rörners „Blumengarten“ war von mehr als 2000 Personen besetzt.

Genosse Adolf Hoffmann

sprach über die völkischen Mordtaten und fand begeisterte Worte für eine wahrhaft echt demokratische Republik. Der Redner schilderte das Wollen des meuchlings ermordeten Kämpfers Rathenau, der nicht davor zurückschreckte, in einer Zeit, wo höchste Not und Gefahr die Republik bedrohte, sicheren Schrittes die Außenpolitik des neuen Deutschlands zu leiten. Rathenau gehörte nicht zu den „Novemberverbrechern“, aber er war ein Jude. Seit dem Kriege lastet auf uns jene Mordatmosphäre, die mit dem Verbrechen an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg begann. Der Referent streifte ferner die Morde an Eisner, Haase und Garrais und kam dann auf den Mord zu sprechen, den der italienische Faschismus auf dem Gewissen hat. Mögen die „glorreichen Taten“ der Faschisten für uns eine Lehre sein. Möge die Arbeiterklasse als Träger eines wahren, aufrichtigen und konsequenten republikanischen und sozialistischen Gedankens, festest wie ein Granitblock zusammengeschmiedet dastehen, an dem sich alle Gegner den Schädel einrennen. Es gilt, die Jugend im neuen Geiste zu erziehen. — Die Ausführungen fanden starken Beifall. Ein dreifaches Hoch auf die deutsche Republik gab der Kundgebung einen würdigen und erhebenden Abschluß. In zwanzigen Gruppen gingen die Versammelten dann zum Grabe Rathenaus.

für das Volk zu retten, was noch zu retten war. Aber die Führer, die damals dafür eintraten, hatten mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen und sie erlebten die Unruhe von Millionen von Menschen. Man schimpft heute so häufig über die Reichswehr, aber als damals jene sechs Führer, die beratend, was geschehen sollte, den sozialdemokratischen Zeitungen Inzerate aufgaben, in denen zum Eintritt in die Reichswehr aufgefordert wurde, verweigerten die sozialdemokratischen Blätter die Aufnahme dieser Inzerate. Mord- und Grauentaten setzten ein, Liebknecht und Rosa Luxemburg wurden ermordet und der Genosse Reuting in Dresden fiel ebenfalls Mordopfer zum Opfer. Die Reaktionsäre nahmen diese Taten zum Anlaß, um auch ihrerseits mit Mord und Mordplänen aufzutreten. Und diese Reaktion erstarkte immer mehr, während wir uns die Köpfe einschlugen. Der Rapp-Bußch kam und für alle Demokraten handelte es sich darum, die Republik zu schützen. Nur die Kommunisten, die Leute, die heute hier wieder Kadaver gemacht haben, zeigten kein Interesse für die Republik. Als der Rapp-Bußch mißlungen war, begann man einzelne abzuschleichen. Erzberger, Rathenau, es kam der Kärntner Versuch und der Münchener Bußch. Damals noch dem Rapp-Bußch, wollte ich, der Reichstag solle aufgelöst, die Erregung solle ausgeht werden. Dann hätten wir nicht diesen jämmerlichen Reichstag wie heute. Und in unserer Zeit werden die Reaktionsäre immer frecher. In Berlin steht es noch friedlich aus, aber in anderen Orten, z. B. Halle, Erfurt, Kassel, begegnen man fast jedem dritten Menschen in Hitler-Uniform. Was soll unter diesen Umständen das Aussehen von uns denken! Es gilt, den Ernst der Lage zu begreifen, es gilt, einig zu sein, danach zu streben.

Jedem Hitler-Soldaten drei Arbeiter entgegenzustellen.

Das aber kann nur geschehen, wenn wir alle einig sind, und wenn wir zusammen mit dem demokratischen Bürgertum den Kampf aufnehmen gegen den Faschismus und die völkische Mordheke! — Brauender Beifall folgte diesen ernsten, wortreichen Worten. Genosse Künstler schloß die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie.

Gedenkfeier am Grabe Rathenaus.

Die Kundgebung, die die Vereinigten Republikanischen Verbände und republikanischen Parteien am gestrigen Dienstag abend am Grabe Walther Rathenaus in Oberschöneweide veranstalteten, nahm einen eindrucksvollen und würdigen Verlauf. Um 8 Uhr begann die Feier mit dem Prolog Fritz v. Unruhs, den Alfred Seierle sprach. Nach ihm gedachte Karl Vetter in kurzen Worten der Erbschaft Walther Rathenaus an das deutsche Volk. Er beleuchtete die Tragik im Leben Rathenaus, dessen Kampf für die Jugend seinen Abschluß durch die Ermordung durch Angehörige dieser Jugend gefunden habe. Walther Raukauen sprach dann Duderstads Verse „In memoriam“. — Als nächster Redner stellte Kriminalkommissar a. D. V. H. N. (KPD.) Rathenaus Bedeutung als Deutschen und Republikaner in den Vordergrund seiner kurzen Ansprache. Nach Gefangenvorlägen der Volksschere Sildost, der u. a. die Horazische Ode „Integer vitae“ darbot, würdigte als Vertreter der demokratischen Partei Landtagsabgeordneter Rucklitz Rathenau als den großen Konstrukteur von kommenden Dingen. Die stumme Anklage aus seiner Gruft verlange die Antwort der Republikaner, ihr Gebotnis, die Republik zu schützen und den Mordgeist zu bannen. Heute gelte die Parole: „Vorwärts über die Gräfte, fort mit dem Haß und her mit der Veröhnung und der Herstellung der Eintracht zwischen den Vätern.“ Namens der Sozialdemokratischen Partei forderte Gen. Scheidemann, R. d. R., die Beseitigung dessen, was Rathenau durch seine Ermordung nicht mehr habe durchführen können. Sein ganzes Leben habe er in den Dienst der Republik gestellt. Die eindrucksvolle Feier, an der sowohl am Grabe selbst, wie in der näheren Umgebung des Friedhofes Tausende teilnahmen, schloß mit dem Chorgesang „Lord Nelson“. Ein von Scheidemann ausgebrachtes Hoch auf die deutsche Republik fand unter den Versammelten begeisterten Wiederhall. Die Mitglieder des „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“, der neuen überparteilichen republikanischen Abwehrorganisation, waren in strenger Gliederung aufmarchiert und trugen, ebenso wie die Frontkämpfertruppen der KPD., einheitliche Uniformen, Bindjaden und Kniehosen sowie blaue Sportkappen mit schwarzgoldenen Abzeichen.

Die Walther-Rathenau-Stiftung.

Eine Rede des Reichspräsidenten.

Im Walther-Rathenau-Hause trat gestern mittag das Kuratorium der Walther-Rathenau-Stiftung zu seiner ersten Sitzung zusammen, die der Reichspräsident mit einer Ansprache eröffnete:

„Im Gedächtnis an Walther Rathenau“, so führte er aus, „der heute vor 2 Jahren durch seinen Meuchelmord sein der Arbeit für Deutschlands Zukunft gewidmetes Leben endete, haben wir uns hier vereint. In tiefer Begehrnt gedenken wir seiner, der uns im Leben als Freund und als Mitarbeiter nahestand und uns im Tode unvergessen sein wird. Wir gedenken seiner in Dankbarkeit für alles das, was er für das deutsche Volk getan hat und in herbem Schmerz um das, was Deutschland an ihm vorzeitig verloren hat. Walther Rathenau wird in uns weiterleben als ein Mensch feltener Eigenart, glänzend in Lauterkeit des Charakters und in Güte des Herzens, ausgestattet mit großen und vielseitigen Gaben des Geistes, gerüstet mit reichen Kenntnissen des geistigen und kulturellen Lebens unseres Volkes wie der ganzen Welt und befeuert von wärmster Liebe zu seinem Volke und seinem Vaterlande. Dem Andenken dieses Mannes soll die Stiftung dienen, deren Kuratorium wir heute gründen. In hochherziger Weise haben die Verwandten des Verewigten dieses Haus mit seinen reichen Schätzen an Kunst und Schrifttum dem Deutschen Reiche als ein dem gemeinen Besten dienendes Erinnerungszeichen zur Verfügung gestellt und damit dem Toten ein Denkmal geistiger Art und seines Wesens errichtet. Die Reichsregierung hat diese Stiftung dankbar entgegengenommen und wird es als Ehrenpflicht empfinden, das Haus und seinen wertvollen Inhalt zu pflegen und zu erhalten, es soll aber nicht nur eine Erinnerungsstätte sein an Walther Rathenau und sein Wirken, nicht nur ein Museum der Kulturentwicklung der neueren Zeit, sondern es soll auch einen praktischen Zweck haben, nämlich den Vereinigungen, die für geistige und kulturelle Zwecke tätig sind, als Raum für Zusammenkünfte und Sitzungen zu dienen, und es soll seine Sammlungen und seine Bibliothek den geistig Arbeitenden öffnen. Diesen Zweck näher zu bestimmen und durchzuführen, ist dieses Kuratorium berufen. Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren, daß Sie meiner Aufforderung, in diesem Kuratorium mitzuarbeiten, nachgekommen sind und darf die Hoffnung aussprechen, daß unsere gemeinsame Arbeit der „Walther-Rathenau-Stiftung“ den Inhalt geben wird, den die Stifter wollten, das Andenken an den einstigen Besitzer dieses Heims durch einen dem geistigen Leben unseres Volkes dienenden Gebrauch des Hauses und seiner Schätze an Kulturort zu ehren und zu erhalten!“

Das Kuratorium beschloß seine Geschäftsordnung. Auch wurde beschlossen, einen Kreis von Persönlichkeiten, die Walther Rathenau beruflich oder freundschaftlich nahestanden, für eine lebendige Aufbarmachung der Stiftung zu einer Walther-Rathenau-Gesellschaft zusammenzufassen.

Agrardebate im Landtag.

Der Landtag nahm gestern den Entwurf über die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens in zweiter und dritter Beratung ohne Aussprache an. Genehmigt wurden die Bestimmungen zur Veränderung der Schiedsmannsordnung, zur Veränderung der Geschäftsbezirke der Landesfuturämter für Wertstoffe und Heßen-Rassau sowie zur Veränderung des Schätzungsamtsgebietes, wodurch dieses Amt aufgehoben wird. Darauf setzte das Haus die Aussprache fort über die Kreditnot der Landwirtschaft.

Für die Annahme der dazu durch den Landwirtschaftsausschuß gestellten Anträge spricht Abg. Wittig (Soz.). Abg. Held (D. Sp.) erklärt sich ebenfalls für die Ausschlußanträge. Darausaus zu mißbilligen sei, daß man die Kleinen Landwirte ungenügend bei der Kredithergabe bedacht habe. Auch Handel und Gewerbe müssen Kredit erhalten, es komme doch darauf an, einen kaufkräftigen Mittelstand am Leben zu erhalten. Die Steuerstundungsgesuche zu bewilligen sei eine dringende Notwendigkeit. Heute habe die Landwirtschaft nicht weniger als 15 verschiedene Steuerarten zu tragen. Das heutige Preisniveau der landwirtschaftlichen Produkte bedeude nur etwa 70 Proz. der Betriebskosten.

Die Abgg. Westermann (Dem.) und Milberg (Dnat.) sprechen ebenfalls für die Ausschlußanträge.

Abg. Dr. Crone-Münchendorf (Z.) betont mit größtem Nachdruck, daß die Rentabilität der Landwirtschaft wiederhergestellt werden müsse. Dem Zinswucher der Banken gegenüber sei ein Abwehrgeheh eine Notwendigkeit. Der Umwandlung der Rentenbank in eine landwirtschaftliche Kreditbank müsse der Reichspräsident Dr. Schacht ein ganz anderes Interesse als bisher entgegenbringen.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Kiffian (Komm.), Dr. Kaufhold (Dnat.) und Jacoby-Rassau (Z.) werden die Ausschlußanträge, die eine Reihe von Vorschlägen zur Abhilfe der Kreditnot der Landwirtschaft festgelegt haben, angenommen, dazu ein Zulassentrag v. Winterfeld (Dnat.), daß die der Landwirtschaft geewährten Rentenmarkkredite bei Fälligkeit verlängert werden sollen, und daß die Rentenbank als Kreditinstitut für die Landwirtschaft auch fernerhin bestehen bleiben soll.

Mittwoch 12 Uhr: Haushalt, kommunistische Anträgen und Anträge über Amnestie, Gefangenenbehandlung usw., Kleinere Tageslagen.

Schluß 6 Uhr.

Völkische Provokationen im Reichstag.

Drei Sitzungen an einem Tag.

Präsident Bollraff eröffnete die gestrige Sitzung des Reichstags um 3 1/2 Uhr. Er teilte mit, daß von der österreichischen Bundesregierung und vom österreichischen Nationalrat Dankeschreiben anlässlich der Kundgebung des Reichstags zu dem Attentat auf Dr. Seipel eingegangen sind. Vom rheinischen Provinziallandtag ist vor einiger Zeit ein Telegramm eingelaufen, in dem der Reichstag auf die furchtbaren Unweitzerschieden in der Umgebung von Düsseldorf hingewiesen und um finanzielle Hilfe gebeten wird. Der Präsident teilt weiter mit, daß der Abg. Henning (Nat. Soz.) Einspruch gegen die Art der Abstimmung über das Vertrauensvotum in der letzten Reichstags-sitzung erhoben hat. Die Beschlüsse gehen an den Geschäftsordnungsausschuß. Am 28. Juni findet eine Sitzung des Wahlprüfungsgerichts statt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Abg. Dr. Stöcker (Komm.), einen Dringlichkeitsantrag auf Beseitigung der neuen Verordnung gegen die Presse auf die Tagesordnung zu setzen.

Der Antrag wird mit den entsprechenden Punkten der Tagesordnung verbunden.

Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten. Zunächst stehen zur Verhandlung Verträge mit Litauen und Estland über die Regelung der mit dem Weltkrieg zusammenhängenden Fragen sowie Handelsverträge mit den gleichen Staaten.

Die Vorlagen werden nach kurzer Debatte, in deren Verlauf Revenstow (Nat. Soz.) unter ständiger Heiterkeit des Hauses sämtliche Verträge der jetzigen nichtgesetzmäßigen Regierung als ungesetzlich ablehnt. Dem Auswärtigen Ausschuss überwiesen.

Darauf wird das deutsch-polnische Abkommen über den oberschlesischen Grenzbezirk in zweiter Lesung angenommen. Gegen die sofortige Vornahme der dritten Lesung erhebt Abg. Wulle (Nat. Soz.) Einspruch, und zwar, wie er unter großer Heiterkeit des Hauses erklärt, weil die Behandlung seiner Partei durch diesen Reichstag geradezu ungeheuerlich sei.

Die Vorlage zur Änderung der Sitzungsordnung (§ 46) wird in zweiter Lesung angenommen.

Die Amnestieanträge.

Gemeinsam zur Beratung gestellt werden dann acht Anträge der Nationalsozialisten der Kommunisten und der Sozialdemokraten, die Straffreiheit für politische Straftaten, Freilassung von politischen Gefangenen usw. fordern.

Abg. Graef-Thüringen (Dratl.) fragt an, warum Jagow, der nun schon zwei Jahre in der Festung Gollnow festgehalten werde, immer noch nicht begnadigt sei. Ebenso solle man Lüttich und Papp begnadigen.

Abg. Saenger (Soz.)

verlangt u. a. Wiederaufnahme der durch Urteile bayerischer Volksgerichte geschlossenen Strafverfahren. Das Gesamturteil weiter Kreise über die deutsche Justiz sei vernichtend. Die Sozialdemokratie habe an der Justiz nur berechtigte Kritik geübt. Als Berechtigung für den Erlass eines allgemeinen Amnestiegesetzes führt der Redner die vor kurzem erfolgte Entlassung des zu lebenslänglicher Straftat verurteilten Grafen Arco, des Rädewitz Eisners, an. In deutschnationalen Kreisen werde Graf Arco als jugendlicher Nationalheld Bayerns bezeichnet. (Sehr richtig! rechts.) (Hört! hört! links.) Heute noch ist der frühere Polizeipräsident Böhmner, der der Urkundenfälschung zwar überführt, aber nicht in Anklagezustand versetzt wurde, Mitglied des bayerischen Obersten Gerichtshofes. Wollte man die ganze Klimax dieser unerhörten Rechtsbrüche ziehen, so müßte man eine ungeheure Zeit dafür aufwenden. Der verurteilte Herr Fehrenbach ist wegen Landesverrats noch im Zuchthaus. Acht Universitätsprofessoren haben aber erklärt, daß das Urteil gegen Fehrenbach falsch und

Fehrenbach unschuldig verurteilt

(Zuruf rechts: Das sind alles Passivisten!) Wir haben eine juristische und eine menschliche Pflicht zur Einbringung des Gesetzentwurfs. Herr v. Kahr hat die Reichsgesetze gemohnheitsmäßig in Bayern mißachtet. Die Reichsgewalt hat aber keinen Anlaß genommen, gegen ihn vorzugehen, man hat ihm sogar nach seiner Vernehmung im Hitler-Prozess Gelegenheit gegeben, nach Italien in die Freiheit abzureisen. Der Redner erinnert demgegenüber an die Verurteilung zahlreicher Arbeiter, Kommunisten und Sozialdemokraten, die wegen unbedachter Äußerungen, Flugblattverteilung usw. zu langen Freiheitsstrafen verurteilt worden seien. Strafen unter 2 Jahren Festungshaft für geringfügige politische Vergehen von Arbeitern seien in Bayern und im übrigen Deutschland überhaupt nicht verhängt worden.

Der Kardinal Faulhaber in München hat erklärt, so wie von den Hofkreuzlern sei in Bayern seit der Münchener Räterepublik von niemandem gehandelt worden.

Der Redner erinnert an die Ausführungen des Staatsanwalts im Hitler-Prozess, daß es zu schauerhaftem Zuständen von Gefelligkeit und Resignation gekommen wäre, wenn das Hitler-Unternehmen nicht alsbald zusammengebrochen wäre, und zum anderen habe der Prozess bewiesen, in welchem moralischen Tiefstand ein Teil der Nationalen sich befände. (Widerspruch und Lärm rechts.) Die Amnestie nach dem Rapp-Bußch sei zugunsten der Rapp-Rebellen in weitestgehendem Maße ausgenutzt worden. Ein Gebot der Gerechtigkeit fordere gleiche Behandlung der aus politischen Ursachen im Gefängnis sitzenden Arbeiter. Für Ludendorffs Freispruch im Hochoverratsprozess könne es nur zwei Begründungen geben: entweder § 51 oder allgemeine Unzurechnungsfähigkeit. (Unruhe und Aufse bei den Nat. Soz.: Sie reichen Ludendorff nicht bis zu den Stiefeln!) Solange es einen freigesprochenen General Ludendorff im Deutschen Reichstage gebe, solange dürfe es in Bayern seit der Räterepublik keinen im Gefängnis sitzenden Arbeiter mehr geben. (Beifälliger Beifall bei den Soz.)

Abg. Fehrenbach (Z.): Wie wollen gegenwärtig auf diese Materie nicht eingehen, wir werden im Ausschuss dazu Stellung nehmen. Dort haben wir immer unsere Gerechtigkeit bewiesen und werden es auch diesmal tun.

Abg. Scholem (Komm.): Der Reichstag verflucht sich, wenn er sich der Opfer einer ungerechten Justiz, des weißen Justizterrors nicht annimmt. Die deutschnationalen Elfen, die auch einen Amnestieantrag eingebracht haben, betrachten den Klassenkampf natürlich als judisch-marxistische Mode. (Sehr richtig! bei den Nat. Soz. — Heiterkeit.) Sehen Sie sich die Rechtsprechung auf Grund des Republikanengesetzes an, das nach Herrn Heilmann eine scharfgeschliffene Waffe zur Vernichtung der Reaktion sein sollte. (Zwischenruf bei den Nat. Soz.) Sie sollten den Sozialdemokraten den Bürgerkrieg

der Dankbarkeit überreichen. Die Führer der Sozialdemokraten verdienen es, auf dem Galgenstein geköpft zu werden. Herr Ebert wird ja als Ehrengeist geköpft. (Heiterkeit.) Gegen die Kommunisten werden beinahe alle Paragraphen des Strafgesetzbuches angewendet. Warum singt Herr Soenger, die Verträge der Demokratie, nicht auch über die preussische Gerechtigkeit? (Abg. Henning (Nat. Soz.): Ob Jud, ob Christ... Heiterkeit.) Ja, wohl, da- ist mir gleich: der jüdische Herr Weich wie der christliche Herr Ludendorff sind Schurken alle zusammen. (Großer Lärm rechts, Händeklatschen bei den Komm.; Vizepräsident Dr. Rieker erklärt das Händeklatschen für unparlamentarisch; Ruf rechts: Zur Ordnung! „Schurken“ hat er gesagt! Ordnungsruf!)

Justizminister a. D. Roth provoziert einen Skandal.

Abg. Dr. Roth (Nat. Soz.) begründet den allgemeinen Amnestieantrag seiner Fraktion. Das Münchener Unternehmen vom vorigen November müsse endlich bereinigt werden. Das gelte namentlich für Adolf Hitler (Lärm und Heil-Rufe b. d. Komm.) Deutschland habe ihm gegenüber eine Dankspflicht. (Erneuter Lärm b. d. Komm. Zurufe: Und das war nun ein Justizminister!) Der Redner bestreitet weiter, daß Böhmner noch im Amte sei, das Disziplinarverfahren sei vielmehr im Gange. Soenger habe von Ludendorff gesprochen. Er habe auf ihn den § 51 anwenden wollen oder die allgemeine Unzurechnungsfähigkeit. Das sei eine ungeheuerliche Beleidigung. (Große Unruhe.) (Lärm)



Laverrenz

Deutschnational, Reichstagsabgeordneter, verwechselt den Reichstag mit einer Raschemme.

Sie (zur Linken), daß ein Sozialist im französischen Parlament so über Morillard hoch sprechen dürfte? (Erneuter Lärm b. d. Nat. Soz. und b. d. Komm.)

Levine hat mit vollem Recht die Kugel getroffen.

Großer Lärm bei den Kommunisten, Bücher werden gegen das Rednerpult geschleudert; erregte Gegenrufe der Nationalsozialisten. Die Erregung dauert beiderseits an, so daß Vizepräsident Dr. Rieker minutenlang nicht durchdringen kann. Die Kommunisten rufen: Blut und Mörder! Herr Präsident, rufen Sie den Menschen zur Ordnung. — An den Rufen beteiligen sich auch weibliche Abgeordnete.

Vizepräsident Rieker: Es ist immer darauf hingewiesen worden, daß die Anwesenheit von Frauen im Parlament die parlamentarischen Sitten verbessern würde. Das ist leider nicht der Fall.

Der Redner versucht mehrmals, seine Rede fortzusetzen. Er wird aber jedesmal von den Kommunisten niedergebrellt mit Rufen: Mörder! Rauf!

Der Präsident ruft mehrere Rufe zur Ordnung. Schließlich bildet sich vor der Rednertribüne ein erregter Knäuel von Nationalsozialisten und Kommunisten, Tätlichkeiten werden allerdings durch die Dazwischenkunft der Abg. Fehr (Bayer. Bauernbund) und Fehrenbach (Z.) vermieden.

Vizepräsident Dr. Rieker unterbricht um 6 1/2 Uhr die Sitzung auf 10 Minuten. Darauf legt sich der Tumult ziemlich rasch.

Die Wiederaufnahme der Sitzung.

Vizepräsident Dr. Rieker eröffnet die Sitzung kurz vor 7 Uhr von neuem.

Abg. Roth (Nat. Soz.) steht wieder auf der Rednertribüne. Des Wort erhält zunächst der Abg. Elshorn (Komm.), der namens seiner Fraktion erklärt: Die rohen Beschimpfungen Levine's durch den früheren Justizminister Roth rechtfertigen die Entrüstung meiner Parteifreunde und würden es rechtfertigen, daß wir Herrn Roth nicht ein Wort hier weiter sprechen lassen. Aber mit Rücksicht auf die zahllosenden politischen Gefangenen, die den heutigen Verhandlungen folgen, wollen wir Herrn Roth mit seinen Gesinnungsgenossen diesen erbärmlichen Gesellen, hier allein lassen. (Lärm auf der Rechten, der Redner erhält einen Ordnungsruf.)

Abg. Dr. Roth: Levine ist übrigens keineswegs auf der Flucht erschossen worden, sondern er ist ordnungsgemäß durch ein Gericht

verurteilt worden. (Lärmender Widerspruch b. d. Komm., die fordern den Saal verlassen wollten und wieder zurückkehrten, und bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Rosenfeld (Soz.): Das ist nicht wahr!

Abg. Roth erwidert: Sie wissen das ja gar nicht, Sie waren ja gar nicht da!

Abg. Rosenfeld fährt mit seinen Zurufen fort: Das ist eine Lüge! Sie sind eine Schande für die bayerische Justiz. (Abg. Rosenfeld erhält einen Ordnungsruf, er ruft darauf dem Vizepräsidenten Rieker zu: Sorgen Sie doch dafür, daß er nicht so lügt!)

Ein neuer Zwischenfall.

Weder den neuen Zwischenfall, der sich im Anschluß daran ereignete, gibt VZ, folgende Darstellung, die wie an anderer Stelle berichten: Inzwischen ist vor dem Tisch des Hauses wieder ein dergleichen Gewühl entstanden. Die Sozialdemokraten und Kommunisten drängen erregt gegen die Abgeordneten der Rechten vor. Dabei wird der Abg. Eggstedt (Soz.) gegen den Abg. Laverrenz gestochen, der ihn mit den Fäusten abwehrt. Annähernd drängt der Abg. Simon-Franken (Soz.) vor, der Abg. Laverrenz wird jedoch durch einige Parteifreunde geschützt. Der Abg. Simon trägt darauf einen Nationalsozialisten am Haal.

Vizepräsident Dr. Rieker unterbricht um 7 Uhr die Sitzung erneut auf eine halbe Stunde. Im Saal dauert der Lärm und das Gewühl minutenlang an.

Die dritte Sitzung.

Vizepräsident Dr. Rieker eröffnet die neue Sitzung kurz vor 8 Uhr mit folgender Erklärung:

Die bedauerlichen Vorgänge, die sich vorhin zugetragen haben, haben den Kellerterrai beschäftigt. Er ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß zunächst eine einzelne Abwehrhandlung eines Abgeordneten vorlag, die darauf hinausging, daß er sich Raum verschaffen wollte (Unruhe links), und daß ein anderer der Meinung gewesen ist, es handle sich um einen Angriff auf ihn, was jedoch ein Mißverständnis war. Damit hält der Kellerterrai die Sache für erledigt. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Ich spreche den Wunsch in meinem Namen aus, daß derartige Szenen in Zukunft vermieden werden, die das Niveau des Reichstags erheblich herabzudrücken geeignet sind (Lachen bei den Kommunisten), daß namentlich der Weg um die Rednertribüne immer freibleibt und nicht wiederholter Mahnungen des Präsidenten ungeachtet die Abgeordneten sich vor dem Redner aufstellen. — Ich erteile nunmehr das Wort wieder dem Abg. Roth. (Große Unruhe links, die Kommunisten verlassen den Saal.)

Abg. Dr. Roth (Nat. Soz.): Der Ausnahmezustand in Bayern muß aufgehoben werden, da er nur dazu dient, die nationalsozialistische Bewegung zu unterdrücken. Sogar die schwarzweisse Kolarde wurde verboten. Der Redner will Einzelheiten dem Ausschuss überlassen.

Reichsjustizministerium gegen allgemeine Amnestie.

Staatssekretär Joel (Reichsjustizministerium) widerspricht einer allgemeinen Amnestie, da sie im Volke den Glauben an die Rechtspflege erlöse. Andererseits verkenne die Regierung nicht, daß die wirtschaftlichen und politischen Unruhen der letzten Jahre zahlreiche Personen haben straffällig werden lassen, die sich unter normalen Verhältnissen von strafbaren Handlungen ferngehalten hätten. Aus Anlaß der mitteldeutschen Unruhen 1921 wurden insgesamt über 3000 Personen verurteilt. Für diese sind 2337 Gnadenbewerfe ergangen. (Hört, hört! bei der Mehrheit.) Für die Beratungen durch die im Herbst 1923 eingeführten außerordentlichen Gerichte sind bei etwa 335 Urteilen bisher bereits 140 Gnadenbewerfe ergangen. Dabei sind in beiden Fällen die von den Strafgerichten selbst gewählten Strafaussetzungen mit Bewährungsfrist gar nicht miteingerechnet. Daraus ergibt sich, daß die Reichsregierung gegenüber den vorliegenden Gelegenheitsfällen ganz grundsätzliche Bedenken haben muß. Eine Stellungnahme zu den einzelnen Anträgen wird die Regierung deshalb im Augenblick unterlassen. Bölig gegenüberliche Auffassungen innerhalb des Hauses herrschen ja auch darüber, was eigentlich eine Amnestie ist. Unabhängig von der Frage der Amnestie ist allerdings der Antrag Müller-Franken, der gegenüber den Urteilen der bayerischen Volksgerichte die Wiederaufnahme des Verfahrens zulassen will.

Das geltende Strafrecht steht allgemein auf dem Standpunkt, daß in jedem Strafverfahren die Wiederaufnahme zulässig sein muß. Dieser Grundsatz ist auch in der Verordnung des Reichspräsidenten über die außerordentlichen Gerichte aufgenommen worden. Insofern ist nicht zu verkennen, daß der Antrag Müller mit den Grundsätzen des geltenden Strafrechts in Einklang steht. Ob allerdings der Weg gangbar ist, den der Antrag einschlägt, wird eingehend zu prüfen sein.

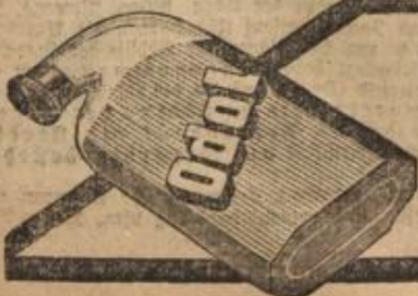
(Rufe b. d. Komm.: Pfui, heraus mit den politischen Gefangenen! Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.): Am Tage der Ermordung Rathenaus (Rufe b. d. Nat. Soz.: Ah! — Hurufe b. d. Komm.), dieses mutigen Vorkämpfers der deutschen Republik (Zuruf b. d. Nat. Soz.: Rathenau war doch Monardist), erneuert sich das Gefühl des Abscheues, das wir vor zwei Jahren bereits hatten, gegen eine Gruppe, die heute parlamentarisch stärker vertreten ist und die im Bunde steht mit jenen Elementen, auf deren Tätigkeit die Ermordung Rathenaus zurückzuführen ist und die mit den Mordtaten der letzten Jahre sympathisiert. (Lärm b. d. Nat. Soz.) Diese Gruppe schämt sich nicht einmal, den toten Levine zu beschimpfen. (Zuruf b. d. Nat. Soz.: Das ist nicht geschehen!) Und diese Beschimpfung geht gerade aus von einem Manne, den wir als den schlimmsten Verderber der deutschen Justiz ansehen. Das hat uns empört. Ich bewundere Levine als den mutigen Revolutionär. Der Redner schildert nun als Augenzeuge den Prozess gegen Levine. Die Verhandlungen fanden vor einem militärischen Sondergericht statt. Die Soldaten machten sich durch Woffengeflüster bemerkbar. (Hurufe und Heiterkeit rechts, Zuruf b. d. Komm.: Ihr Parteifreund Hoffmann war schuld daran!) In den Verhandlungen mit der Regierung über die Bestätigung des Urteils erschien eine Abordnung der Münchener Gar-nison und brachte, selbst das Urteil zu vollstrecken. (Lärm b. d. Komm.) Aber Levine ist mutig in den Tod gegangen. (Abg. Thomas (Komm.): Er war nicht solch Feigling wie Ludendorff! — Abg. Thomas erhält einen Ordnungsruf.)

Damit schließt die Kustorrede.

Abg. Dr. Roth (Nat. Soz.) nennt in persönlicher Bemerkung die Behauptung des Abg. Rosenfeld, er habe sich von der Frau gebrüht, eine unerschämte Lüge und wird zur Ordnung gerufen. — Frau Kettler (Komm.) ruft dem Redner „Schwast“ und „Lump“ zu und erhält zwei Ordnungsrufe.

Sämtliche Anträge werden darauf den zuständigen Ausschüssen überwiesen. — Das Haus vertagt sich. — Schluß gegen 9 Uhr. Mittwoch 2 Uhr: Beamtenfragen.



Was das Odol besonders auszeichnet vor allen anderen Mundreinigungsmitteln, ist seine merkwürdige Eigenart, die Mundhöhle nach dem Spülen gewissermaßen mit einer mikroskopisch dünnen, dabei aber dichten antiseptischen Schicht zu überziehen, die noch stundenlang nachwirkt. Diese Dauerwirkung, die kein anderes Präparat besitzt, ist es, die demjenigen, der Odol täglich gebraucht, die Gewißheit gibt, daß sein Mund sicher geschützt ist gegen die Wirkung der Fäulniserreger und Gärungsstoffe, die die Zähne zerstören. Odol ist wirklich gut.

